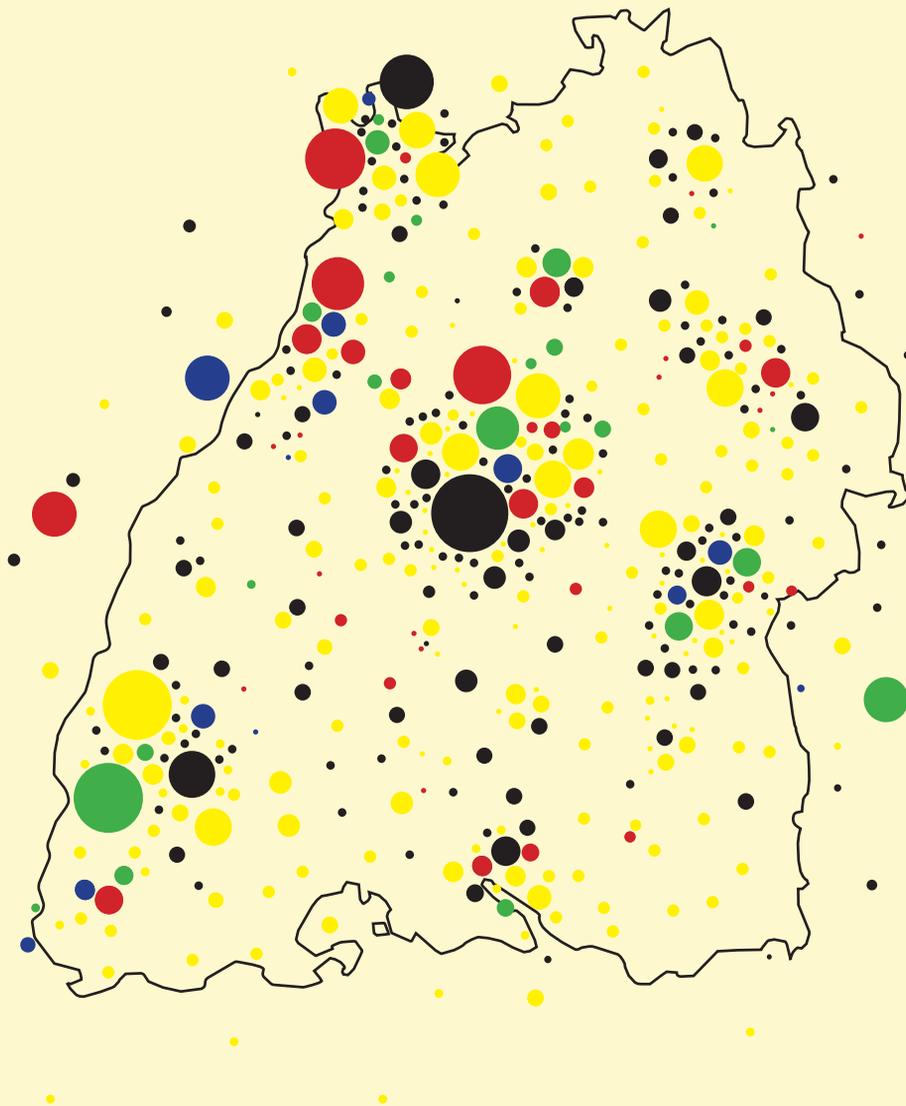


Gelebte Vielfalt

Ergebnisse und Analysen einer
repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur
Integration in Baden-Württemberg 2012



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR INTEGRATION

Vorwort

Die Integrationspolitik in Baden-Württemberg ist Politik für die gesamte Bevölkerung des Landes. Denn Integration ist ein Prozess, der die Gesellschaft als Ganzes betrifft. Die Integrationsbereitschaft der Zuwanderer ist ebenso relevant für ein gutes Zusammenleben wie die Offenheit der Bevölkerung dafür.

Über etliche Dimensionen der Integration wie die gesellschaftliche und politische Integration fehlen uns bisher belastbare Informationen. Mit der vorliegenden Studie haben wir begonnen, bestehende Wissenslücken zu schließen. Die repräsentative Umfrage unter den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs ergündet, wie es um das Zusammenleben im Land aus Sicht der Aufnahmegesellschaft bestellt ist.

Der Fokus liegt demnach auf den Ansichten und Einstellungen der einheimischen Bevölkerung in Baden-Württemberg. Wie nimmt sie Migrations- und Integrationsprozesse wahr? Inwieweit gestaltet sich das Zusammenleben reibungslos? Wo gibt es Distanz und Probleme? Und wie kann die Politik besser als bisher zu einer erfolgreichen Integration von Zuwanderern beitragen? Dadurch werden die gesellschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für gelingende Integration herausgearbeitet, die die Einheimischen durch ihre Einstellungen mitbestimmen.

Die vorliegende Studie ist die erste ihrer Art in Baden-Württemberg. Mit ihr haben wir die Bürgerinnen und Bürger des Landes zu Wort kommen lassen. Unser Ziel ist es, die Integrationspolitik passgenau an den Bedürfnissen und Wünschen der Bürgerinnen und Bürger zu orientieren. Die Ergebnisse liefern uns Ansatzpunkte, um die Rahmenbedingungen verbessern zu können und so gemeinsam mit den Zuwanderern und der Aufnahmegesellschaft auf dem Weg der Integration weiter voranzukommen.



A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Bilkey Öney'. The signature is fluid and cursive, with a large initial 'B' and a long, sweeping underline.

Bilkey Öney

Ministerin für Integration Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	6
1 Der Anteil von Zuwanderern in Baden-Württemberg	8
2 Zuwanderer im eigenen Umfeld	10
3 Erfahrungen mit Zuwanderern.....	12
4 Wahrnehmung von Zuwanderern	14
5 Die Integration von Zuwanderern: Verantwortlichkeit und Aktivität	19
6 Die Rolle der Einheimischen im Integrationsprozess.....	21
7 Integration in kultureller Vielfalt	23
8 Integration und öffentlicher Diskurs	27
9 Chancen(un)gleichheit?.....	30
10 Potenzielle Diskriminierung nach Staatsangehörigkeit und ökonomischer Lage	32
11 Zum Stand der Integration in Baden-Württemberg	35
12 Die Bedeutung unterschiedlicher Integrationsmaßnahmen.....	37
13 Integrationspolitik	42
14 Integrationsministerium	44
15 Integration in Baden-Württemberg.....	46
Anhang	51
Impressum	54

Einleitung

Die vorliegende Studie behandelt die Integration in Baden-Württemberg aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Sie ist die landesweit erste umfassende Bestandsaufnahme über Erfahrungen mit Zuwanderern¹, Einschätzungen zum Stand der Integration, Integrationserwartungen, möglichen Integrationshemmnissen im Alltag und über die Rolle der Politik im Integrationsprozess. Dabei kann es nicht Ziel sein, durch die vorliegende Studie die Versuche, zu einer objektiven Bestandsaufnahme der Integration in Baden-Württemberg zu gelangen (Integrationsmonitoring), zu ersetzen. Die ergänzende Perspektive der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht es jedoch, zu einem insgesamt umfassenderen Bild der Integrationserfolge, Defizite und Erwartungen an eine gelungene Integration in Baden-Württemberg zu gelangen.

Befragt wurden Deutsche ab 18 Jahren (Wahlberechtigte), die in Baden-Württemberg ihren Hauptwohnsitz haben. Darunter befinden sich Personen ohne und mit Migrationshintergrund. Damit wird anteilmäßig auch der größte Teil der Baden-Württemberger mit Migrationshintergrund befragt, denn die meisten von ihnen besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft (55%).² Eine (zusätzliche) Befragung einer Stichprobe der knapp 1,3 Millionen in Baden-Württemberg lebenden Ausländerinnen und Ausländer wurde nicht durchgeführt. Hierzu wäre ein modifizierter Fragebogen notwendig gewesen, um eine mögliche Überforderung der gerade erst wenige Jahre in Baden-Württemberg lebenden Zuwanderer zu vermeiden und gezielter auf zugewanderungsspezifische Probleme eingehen zu können.³ Das Ministerium für Integration beabsichtigt allerdings, sich im Rahmen weiterer Un-

tersuchungen auch den Erfahrungen, Einstellungen und Meinungen der Zuwanderer zu widmen.

Fragen zur derzeitigen oder zukünftigen Zuwanderung nach Baden-Württemberg wurden weitgehend ausgeklammert. Obwohl dieser Themenkomplex relevant ist und voraussichtlich in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird,⁴ hätte eine fundierte Beschäftigung mit Zuzugsaspekten den Rahmen der Befragung gesprengt. Es ist darüber hinaus festzuhalten, dass Regelungen zu Zuwanderung, Niederlassung und Aufenthalt unter die ausschließliche bzw. konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 23 Abs. 3 sowie Art. 74 Abs. 4 GG) fallen, sodass der politische Gestaltungsspielraum für die einzelnen Bundesländer stark eingeschränkt ist und etwaigen länderspezifischen Umfrageergebnissen vergleichsweise geringe gesellschaftspolitische Relevanz zukommt.

Der Fragebogen wurde im Herbst 2011 im Ministerium für Integration konzipiert.⁵ Nach Vergabe des Auftrags zur Datenerhebung an Infratest dimap im Dezember 2011 wurden in Beratungen mit dem Umfrageinstitut im Januar 2012 noch kleinere Modifikationen am Befragungsinstrument vorgenommen.⁶ Die Befragung wurde vom 30.01. bis 04.03.2012 unter 3.001 Wahlberechtigten Baden-Württembergs telefonisch durchgeführt. Aufgrund des Umfangs des Fragebogens wurde ein Teil der Fragen nur jeweils der Hälfte der Interviewten gestellt (Split). Auch die Teilstichproben von jeweils rund 1.500 Befragten sind für die wahlberechtigte Bevölkerung Baden-Württembergs repräsentativ.

Die Dauer eines einzelnen Interviews betrug im Durchschnitt knapp 26 Minuten. Die Ausschöpfungsquote von 43,4% ist für repräsentative Bevölkerungsumfragen hoch. Sie spiegelt ein großes Interesse der

¹ Wir haben versucht, in diesem Bericht durchweg geschlechtergerechte oder geschlechtsneutrale Formulierungen zu wählen. Zur besseren Lesbarkeit wurde bei den Begriffen „Zuwanderer“ und „Baden-Württemberger“ jedoch auf die weibliche Form verzichtet.

² Nach Angaben des Statistischen Landesamts (Mikrozensus 2010) besitzen 1,553 Millionen Baden-Württemberger mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsbürgerschaft; 1,267 Millionen sind Ausländerinnen oder Ausländer.

³ Zusätzlich dazu bedarf es mehrsprachiger Fragebögen.

⁴ SVR 2011.

⁵ Der vollständige Fragebogen steht bei [Forschung und Wissenschaft](http://www.integrationsministerium-bw.de) unter www.integrationsministerium-bw.de zur Verfügung.

⁶ Wir bedanken uns bei Jürgen Hofrichter und Uwe Meer-gans (Infratest dimap) für die sehr gute Zusammenarbeit.

Bürgerinnen und Bürger am Themenkomplex wider.⁷ Zu Vergleichszwecken erfolgte parallel zur Umfrage im Land eine identische Übernahme einiger wichtiger Fragen in den bundesweiten PolitikBus von Infratest dimap (1.000 Befragte am 14./15.01.2012). Damit können für zentrale Fragen auch direkte Vergleiche zwischen Baden-Württemberg und dem Bund vorgenommen werden.

Der Bericht besteht aus mehreren Komponenten. In 14 Kapiteln werden jeweils zunächst die Ergebnisse der Umfrage (Randauszählungen) in Form eines kurzen Textes dargestellt.⁸ In einem zweiten Schritt werden die Ergebnisse einer systematischen statistischen Analyse unterzogen.⁹ Auf der Grundlage demografischer und sozialstruktureller Merkmale der Befragten (v.a. Geschlecht, Alter, Bildung und Migrationshintergrund) und von Kontextfaktoren (v.a. Größe des Wohnorts, Landesteil) werden mittels Regressionsanalysen, in deren Rahmen mögliche Erklärungsfaktoren gemeinsam berücksichtigt werden, signifikante Faktoren für Ergebnisunterschiede herausgearbeitet.

Hierzu wurden die Daten teilweise neu aufbereitet (z.B. Zusammenfassung von Fragen oder Kategorien). Punktuell werden für die jeweilige Fragestellung ergänzende Erklärungsfaktoren auf ihren Einfluss hin überprüft (siehe Anhang). Die Ergebnisunterschiede werden nach Einflussfaktoren in Form deskriptiver Statistik (Prozentanteile, Mittelwerte) ausgewiesen¹⁰, wenn sie in der multivariaten Analyse auch unter Kontrolle anderer Variablen signifikanten Einfluss auf das jeweilige Umfrageergebnis hatten (häufig z.B. der Bildungsgrad). Sofern nicht anders dokumentiert, beziehen sich die berichteten Prozentanteile jeweils auf

alle Befragten. Diejenigen, die bei einer Frage keine Angabe machten oder die Antwort nicht wussten, wurden also nicht systematisch „herausgerechnet“.

In einem dritten Schritt werden die Ergebnisse und Analysen für Baden-Württemberg mit den bundesweiten Ergebnissen verglichen. Dieser Vergleich erfolgt in zwei Stufen: Das Bundesland im Vergleich zu den restlichen Bundesländern der alten Bundesrepublik zusammengenommen und im Vergleich zu Deutschland insgesamt (ohne Baden-Württemberg). Es werden lediglich statistisch signifikante Ergebnisunterschiede zwischen Baden-Württemberg und Deutschland (West und gesamt) dargestellt.

Die Ergebnisdokumentation und die Analysen der einzelnen Themen erfolgen ergebnisneutral auf wissenschaftlicher Grundlage. In Kapitel 15.2 wird eine politische Einordnung der Ergebnisse aus Sicht des Ministeriums für Integration vorgenommen.

Der vorliegende Berichtsband geht im Vergleich zu anderen, recht umfassenden Umfragen zum Themenkomplex Integration über eine Beschreibung der Ergebnisse hinaus.¹¹ Es wird nicht nur geprüft, ob festgestellte Ergebnisunterschiede statistisch signifikant sind, sondern sie werden durch multivariate Analysen zusätzlich abgesichert. Dieses Vorgehen stellt einen analytischen Mehrwert dar und macht den Bericht an die sozialwissenschaftliche Forschung anschlussfähig.

Eine erschöpfende Analyse kann die Untersuchung dennoch nicht sein, denn zum einen erfordert die große Anzahl gestellter Fragen eine analytische Begrenzung, und zum anderen stellen sich durch die Ergebnisse selbst neue Forschungsfragen (siehe z.B. Kapitel 10). Dies ist ein Grund, die Datensätze zeitnah auch der Wissenschaft für Sekundäranalysen zur Verfügung zu stellen (über das Zentralarchiv des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften, GESIS, ZA Nr. 5579 und 5580). Die Datendokumentation in einem Forschungsarchiv ist zudem notwendig, um eine Nachvollziehbarkeit der Analysen zu gewährleisten und um dem Gebot der Transparenz der Arbeit der Landesregierung Rechnung zu tragen.

⁷ Dies bestätigt auch der Pretest der Studie.

⁸ Die Ausweisung sämtlicher Ergebnisse erfolgt gewichtet. Das Repräsentativgewicht (Auswahlchancen sowie Geschlecht, Alter und Schulabschluss kombiniert) wurde von Infratest dimap bereitgestellt.

⁹ In Kapitel 10 wird aufgrund der Komplexität von einer noch detaillierteren Analyse abgesehen.

¹⁰ Auf die Ausweisung einer Nachkommastelle wurde bewusst verzichtet. Aufgrund des Stichprobenfehlers (bei 3.000 Befragten maximal +/- 1,8 Prozentpunkte) würde eine Nachkommastelle eine Genauigkeit vortäuschen, die nicht besteht.

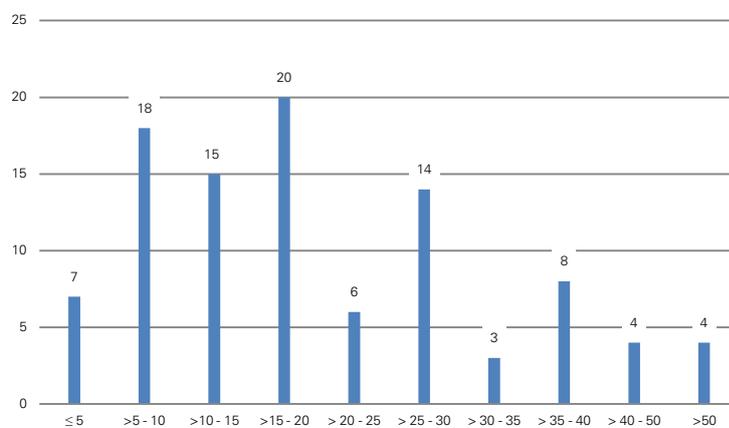
¹¹ Vgl. SVR 2010; 2011; 2012; HMDJ 2011.

1 Der Anteil von Zuwanderern in Baden-Württemberg

1.1 ERGEBNISSE

Die meisten Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs haben eine realitätsnahe Vorstellung vom Anteil der Zuwanderer¹² im Land. Auf die Frage, wie hoch der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg ist, gibt lediglich ein knappes Zehntel (9%) an, dies weder zu wissen noch schätzen zu können. Der durchschnittliche Schätzwert von 22,6% liegt nur leicht unter dem Anteil in der Amtlichen Statistik (Mikrozensus 2010: 26,2%). Wie sich die Angaben von 0 bis 100% in etwa verteilen, zeigt Abbildung 1-1. Greift man die Einzelangaben heraus, dann meinen die meisten Befragten (16%), der Anteil betrüge 20%, gefolgt von denjenigen (13%), die von einem Anteil von 30% ausgehen.

Abb. 1-1: Geschätzte Anteile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg (gruppierte %)



Dass Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern einen hohen Zuwandereranteil hat, meinen zwei Drittel (68%). Allerdings teilen nur 13% die Einschätzung, dass dieser Anteil im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr hoch ausfällt. Dies ist angesichts der Tatsache, dass lediglich die Stadtstaa-

¹² Der Einleitungstext der Befragung lautet: „Als Zuwanderer werden in der Befragung Personen bezeichnet, die in der Zeit nach 1949 bis heute nach Deutschland zugewandert sind. Damit sind sowohl Ausländer, die hier leben, als auch Eingebürgerte oder Spätaussiedler und auch ihre Nachkommen gemeint.“

ten Bremen (27,9%) und Hamburg (27,4%) einen höheren Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund haben, eine recht zurückhaltende Einschätzung. Nur ein Viertel der Befragten meint, der Zuwandereranteil in Baden-Württemberg sei vergleichsweise niedrig (24%) oder gar sehr niedrig (1%).

1.2 ANALYSE

Sowohl das Zutrauen in eine eigene Schätzung als auch die Schätzanteile variieren nach verschiedenen Merkmalen der Befragten. Von besonderer Bedeutung sind die Geschlechtszugehörigkeit, der Bildungsgrad und der Migrationshintergrund¹³, zum Teil aber auch das Alter, eine bestehende Partnerschaft und der Wohnort.¹⁴ Nicht beeinflusst wird die Schätzgenauigkeit von der Anzahl der Zuwanderer im eigenen Umfeld oder der Kontakthäufigkeit mit ihnen (siehe Kapitel 2).

Frauen geben sehr viel häufiger (13%) als Männer (5%) an, nicht zu wissen, wie hoch der Zuwandereranteil im Land ist. Darüber hinaus ist erwartungsgemäß ein höheres Bildungsniveau mit einer höheren Antworthäufigkeit assoziiert. Doch auch Befragte mit Migrationshintergrund geben etwas häufiger (10%) als Befragte ohne Migrationshintergrund (8%) an, nicht sagen zu können, wie hoch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg ist.

¹³ Der Migrationshintergrund wurde erfasst, indem danach gefragt wurde, ob beide Elternteile in Deutschland (Gebietsstand zum Zeitpunkt der Geburt) geboren wurden. War dies nicht der Fall, wurde nachgefragt, in welchem Land der Vater und/oder die Mutter geboren wurden.

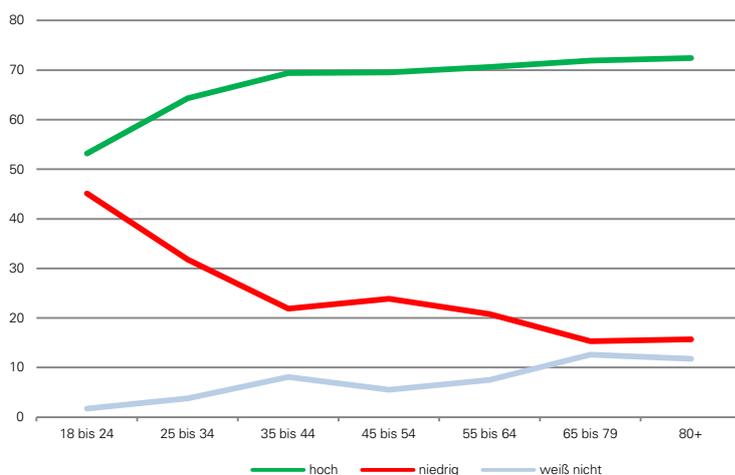
¹⁴ Alle hier ausgewiesenen deskriptiven Ergebnisse erwiesen sich auch in einer multivariaten Analyse (je nach Skalenniveau lineare, ordinale oder logistische Regressionen) als signifikant.

Mit Blick auf die Schätzwerte selbst ist festzustellen, dass die Unterschätzung zu einem Teil auf die Summe der Antworten der Männer (Schätzwert: 18,9%) zurückgeht, während die Frauen insgesamt deutlich besser schätzen (26,5%). Die 18- bis 24-Jährigen wissen besser über den Zuwandereranteil Bescheid (26,2%) als alle nachfolgenden Altersgruppen, vor allem im Vergleich zu den über 80-Jährigen (18,5%). Alleinstehende (25,2%) schätzen den Zuwandereranteil ebenfalls besser als Befragte, die verheiratet sind oder in einer Partnerschaft leben (21,6%).

Interessant ist, dass es die formal niedriger Gebildeten mit Haupt- bzw. Volksschulabschluss¹⁵ sind, die in der Summe eine bessere Schätzung des Zuwandereranteils abgeben (24,3%) als die formal Hochgebildeten mit Studienabschluss (18,7%). Befragte mit Migrationshintergrund (28,1%), insbesondere Muslime (27,6%), haben ebenfalls eine klarere Vorstellung vom Zuwandereranteil im Land als Befragte ohne Migrationshintergrund (21,3%). Und schließlich sind es die Befragten der größten Stadt des Landes, Stuttgart, die eine insgesamt bessere Schätzung abgeben (27,9%) als Befragte aus kleineren Städten. Von den Befragten auf dem Land¹⁶ werden aber ebenfalls überdurchschnittlich gute Schätzungen abgegeben (23,4%).

Bei der Frage nach einer bundesweiten Einordnung des baden-württembergischen Zuwandereranteils trauen sich vor allem die älteren Befragten seltener, eine Bewertung abzugeben als jüngere. Wie Abbildung 1-2 zeigt, steigt der Anteil derer, die angeben nicht zu wissen wie hoch der Anteil ist, von 2% bei den 18- bis 24-Jährigen auf 12% bei den über 65-Jährigen. Der Abbildung ist ebenfalls zu entnehmen, dass es die Befragten ab 35 Jahren sind, die häufiger davon ausgehen, der Anteil sei vergleichsweise hoch. Alleinstehende gehen in höherem Maße davon aus, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg eher hoch (59%) oder sehr hoch (16%) ist. Dies trifft ebenfalls auf viele Befragte mit Migrationshintergrund zu, die meinen, der Anteil sei im Vergleich zu anderen Bundesländern „sehr hoch“ (19%). Und auch die weitaus meisten Befragten in Stuttgart gehen von einem eher hohen (64%) oder sehr hohen (14%) Anteil aus.

Abb. 1-2: Einschätzung des Zuwandereranteils im Vergleich zu anderen Bundesländern nach Alter (in %)



¹⁵ Nachfolgend wird vereinfachend nur noch von Hauptschulabschluss gesprochen.

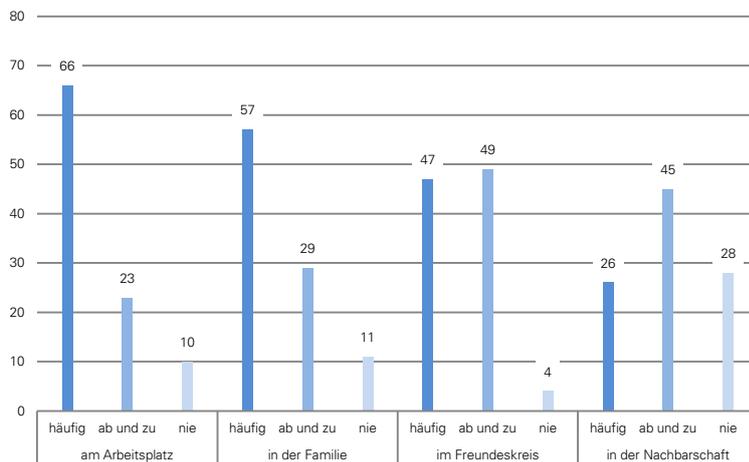
¹⁶ Bei einer Gemeindegröße von unter 2.000 Einwohnern wird der Begriff „Land“ verwendet.

2 Zuwanderer im eigenen Umfeld

2.1 ERGEBNISSE

Im Alltag der Bürgerinnen und Bürger sind Menschen mit Migrationshintergrund ein integraler Bestandteil. Knapp zwei Drittel (63%) geben an, dass Zuwanderer zu ihrem Freundeskreis gehören, und jeweils mehr als die Hälfte berichtet, dass Zuwanderer in der Nachbarschaft (58%) leben oder sie ihnen am Arbeitsplatz (51%) begegnen. Bei einem Drittel (34%) gehören Zuwanderer zur Familie oder zum Kreis näherer Verwandter.

Abb. 2-1: Kontakthäufigkeit mit Zuwanderern nach Kontext (in %, Auswahl: Zuwanderer im Kontext)



Und es besteht nicht nur sporadischer Kontakt zu den Zuwanderern im eigenen Umfeld.¹⁷ „Häufig“ Kontakt mit den Zuwanderern haben die Baden-Württemberger am Arbeitsplatz, gefolgt von der Familie und dem Freundeskreis. Deutlich seltener wird über häufige Kontakte mit Zuwanderern in der eigenen Nachbarschaft berichtet (Abbildung 2-1).

2.2 ANALYSE

Ob es im eigenen Umfeld Zuwanderer gibt, hängt neben einem eigenen Migrationshintergrund stark

vom Alter und vom Wohnort ab. Wie Tabelle 2-1 zu entnehmen ist, sind zusätzlich dazu Erwerbstätigkeit (zum einen als Möglichkeit, Zuwanderer zu treffen, zum anderen als Element sozialer Integration) und das Geschlecht von Relevanz. Ob Befragte in einer Partnerschaft leben oder ob es Kinder im Haushalt gibt, macht mit Blick auf die Anzahl von Zuwanderern im eigenen Lebensumfeld dagegen keinen Unterschied. Auch der Bildungsgrad oder das Haushaltseinkommen haben hierauf keinen signifikanten Einfluss.

Die Kontakthäufigkeit ist wiederum fast ausschließlich davon abhängig, ob es im Umfeld Zuwanderer gibt oder ob ein eigener Migrationshintergrund vorliegt. Darüber hinaus kann die Geschlechtszugehörigkeit einen Beitrag zur Erklärung der Kontakthäufigkeit leisten: Frauen haben unter Kontrolle anderer Einflussfaktoren signifikant mehr Kontakte zu Zuwanderern als Männer.

Betrachtet man die auffallend geringe Kontakthäufigkeit in der Nachbarschaft etwas genauer, dann lassen sich hierfür einige Faktoren herausarbeiten, die über die reine Abwesenheit von Zuwanderern in der Nachbarschaft hinaus kontakthemmend wirken.

Es sind zusätzlich zu den Menschen ohne Migrationshintergrund und den Älteren auch die Jüngeren, die höher Gebildeten und die Menschen in Städten sowie Gemeinden unter 50.000 Einwohnern, die weniger Kontakt zu Zuwanderern in der eigenen Nachbarschaft pflegen.

¹⁷ Die nachfolgenden Prozentuierungen basieren auf Personen, die in den verschiedenen Lebensbereichen auf Zuwanderer treffen, d.h. nicht auf alle Bürgerinnen und Bürger.

Tab. 2-1: Zuwanderer im Umfeld und Kontakthäufigkeit

Merkmal	Aus- prägung	Im Umfeld	Kontakt- häufigkeit	Multiplik. Index
Geschlecht	männlich	2,2	2,9	8,4
	weiblich	1,9	2,5	7,2
Alter (in Jahren)	18 bis 24	2,8	4,0	13,0
	45 bis 54	2,2	3,0	8,7
	80 und älter	1,3	1,4	3,2
MH	Ja	2,7	4,0	13,3
	Nein	1,9	2,4	6,5
Erwerbstätig	Ja	2,4	3,4	10,2
	Nein	1,6	1,9	4,7
Ortsgröße	< 2.000	2,2	3,2	9,6
	2. - 20.000	1,9	2,5	6,7
	> 500.000	2,6	3,8	11,9

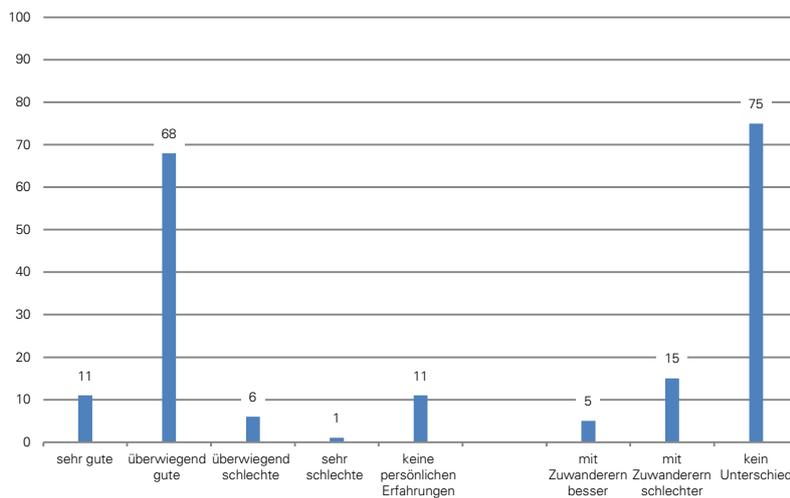
In Tabelle 2-1 sind die durchschnittliche Anzahl der Zuwanderer im Umfeld (max. 4), die Kontakthäufigkeit mit Ihnen (max. 8) sowie das Produkt daraus ausgewiesen.

3 Erfahrungen mit Zuwanderern

3.1 ERGEBNISSE

Die Baden-Württemberger stellen dem Miteinander von Einheimischen und Zuwanderern ein alles in allem gutes Zeugnis aus. Über zwei Drittel sagen, sie haben mit Zuwanderern überwiegend gute Erfahrungen gemacht, jeder Zehnte spricht von sehr guten Erfahrungen (Abbildung 3-1). Schlechte Erfahrungen machten 7%. Immerhin 11% der Baden-Württemberger geben an, keine persönlichen Erfahrungen mit Zuwanderern gemacht zu haben.

Abb. 3-1: Bewertung der Erfahrungen mit Zuwanderern und Vergleich mit Einheimischen (in %)



Dass die Erfahrungen mit Zuwanderern überwiegend positiv sind, bestätigen auch die Ergebnisse auf eine Nachfrage. Drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger sagen, dass zwischen den persönlichen Erfahrungen mit Zuwanderern und denjenigen mit Einheimischen keine großen Unterschiede feststellbar sind. 15% geben an, die Erfahrungen mit Zuwanderern seien schlechter und 5% sagen, sie seien besser.

3.2 ANALYSE

Drei Faktoren haben Einfluss darauf, ob Befragten angeben, gute oder schlechte Erfahrungen mit Zuwanderern gemacht zu haben. Zunächst spielt der eigene

Migrationshintergrund eine Rolle: Immerhin 85% der Befragten mit Migrationshintergrund sprechen von guten Erfahrungen mit Zuwanderern und lediglich 5% von schlechten. Zum zweiten macht es einen Unterschied, ob man in den verschiedenen Lebensbereichen (siehe Kapitel 2) mit Zuwanderern in Kontakt kommt. Von denjenigen, die in allen vier Bereichen auf Zuwanderer treffen, geben 87% an, gute Erfahrungen gemacht zu haben. Von Personen, die gar keine Zuwanderer in ihrem Lebensumfeld haben, sagen dies lediglich 55%. Und 7% der dieser Personengruppe be-

richten sogar über sehr schlechte Erfahrungen mit Zuwanderern. Ein dritter Faktor ist im weitesten Sinne der Familienstand. Die Erfahrungen von Alleinstehenden stellen sich problematischer dar: Nur 74% sprechen von guten Erfahrungen mit Zuwanderern, 9% von schlechten. Alleinstehende Männer berichten etwas häufiger (12%) von schlechten Erfahrungen.

Auch für den Erfahrungsvergleich spielen der eigene Hintergrund und Zuwanderer im Lebensumfeld wichtige Rollen. Darüber hinaus lässt sich ein Effekt des Landesteils

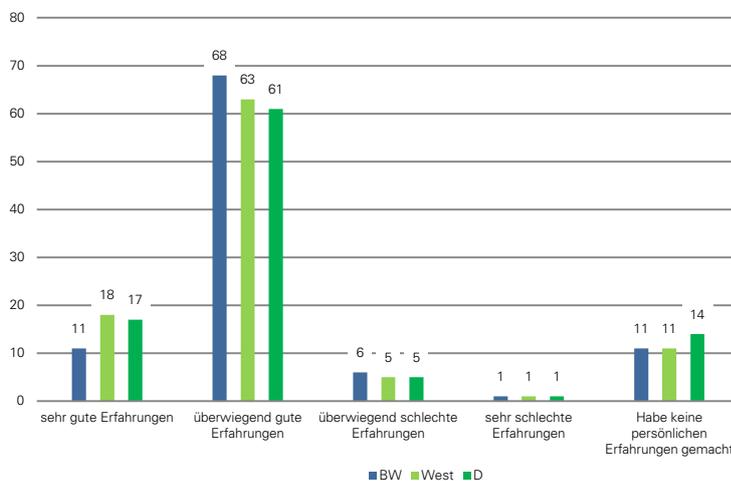
identifizieren: In Württemberg berichten die Befragten häufiger (18%) über schlechtere Erfahrungen mit Zuwanderern als in Baden (11%).¹⁸ Und diese kritischeren Beurteilungen sind nicht nur das Resultat schlechterer Bewertungen in der Landeshauptstadt, sondern auch im Regierungsbezirk Tübingen und in den kleineren Städten Württembergs.

¹⁸ Vereinfachend wird hier und nachfolgend in Bezug auf die Regierungsbezirke Stuttgart und Tübingen von „Württemberg“ und in Bezug auf Karlsruhe und Freiburg von „Baden“ gesprochen, auch wenn keine vollständige Übereinstimmung mit den historischen Gebieten besteht.

3.3 VERGLEICH ZU DEUTSCHLAND

Der Vergleich zu den anderen westlichen Bundesländern (Westdeutschland) und allen anderen Bundesländern zusammengenommen (Deutschland) zeigt alles in allem moderate Unterschiede (Abbildung 3-2). Während sich die Anteile derer, die schlechte Erfahrungen mit Zuwanderern gemacht haben, nicht signifikant nach Befragungsgebiet unterscheiden, bestehen Differenzen im Grad der mehrheitlich positiven Erfahrungen.

Abb. 3-2: Bewertung der Erfahrungen mit Zuwanderern nach Befragungsgebiet (in %)



Die Baden-Württemberger sagen häufiger als die Befragten in den anderen westlichen Bundesländern und in Deutschland insgesamt, sie hätten überwiegend gute Erfahrungen mit Zuwanderern gemacht. Seltener berichten sie über sehr gute Erfahrungen. Diese statistisch signifikanten, aber graduellen Antwortdifferenzen sollten jedoch nicht überbewertet werden: Sie treten häufiger (so z.B. auch in Kapitel 10.3) auf und könnten auch Ausdruck einer stärkeren Zurückhaltung der Bevölkerung Baden-Württembergs im Antwortverhalten sein.

4 Wahrnehmung von Zuwanderern

Zuwanderer bringen Kulturen und Traditionen, Verhaltensweisen und Eigenschaften mit, die von der Aufnahmegesellschaft unterschiedlich wahrgenommen werden. Auf Grundlage der Umfrage kann herausgearbeitet werden, was den Baden-Württembergern an den Zuwanderern besonders gut und was ihnen überhaupt nicht gefällt. Die Befragten konnten in ihren eigenen Worten Angaben machen.¹⁹ Jedem Befragten war es möglich, bis zu zwei Nennungen abzugeben.²⁰

4.1 ERGEBNISSE

4.1.1 POSITIVES

Ein gutes Fünftel der Befragten (21%) sagt, dass ihnen nichts an den Zuwanderern besonders gut gefällt. Weiteren 18% fällt nichts Konkretes ein. Es sind „andere Kulturen und Bräuche“, die von der relativen Mehrheit der Befragten (18%) positiv hervorgehoben werden. „Freundlichkeit“ (10%) und „Offenheit“ (9%) folgen auf den Plätzen 2 und 3. Des Weiteren wird die „Bereicherung der Esskultur“ (8%) genannt. Einem genauso hohen Anteil der Bürgerinnen und Bürger gefällt, dass sich Zuwanderer „integrieren wollen“ (8%). Und „ihre Vielfalt“ (6%) wird ebenfalls häufig positiv angeführt.

Sekundärtugenden wie Fleiß (3%) und Hilfsbereitschaft (3%) werden deutlich seltener genannt. Auch der Beitrag der Zuwanderer zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes (3%) hat einen geringeren Stellenwert.

¹⁹ Die Reihenfolge der Fragen wurde randomisiert, d.h. es wurde abwechselnd zunächst nach positiven oder negativen Assoziationen gefragt. Dadurch wird verhindert, dass die Antworten auf die erste (jeweils gleiche) Frage auf das Antwortverhalten bei der (jeweils gleichen) zweiten Frage „ausstrahlen“ und das Gesamtergebnis damit systematisch beeinflussen und ggf. verzerren.

²⁰ Durch die Möglichkeit, zwei Angaben zu machen, erhöht sich - theoretisch - der maximale Prozentanteil der Nennungen insgesamt auf 200%. Da jedoch 49% der Befragten keine positive Zweitnennung und 53% keine negative Zweitnennung abgaben, beträgt der tatsächliche maximale Prozentanteil 151% bzw. 147%.

Der Zusammenhalt unter Zuwanderern wird ebenfalls positiv erwähnt (3%). Dass Zuwanderer ganz pauschal „gut für unsere Gesellschaft“ sind, heben noch einmal etwas weniger Bürgerinnen und Bürger (2%) hervor (Tabelle 4-1).

4.1.2 NEGATIVES

Ein Viertel der Befragten (26%) meint, es gäbe nichts, was ihnen an den Zuwanderern überhaupt nicht gefällt. Weitere 11% können nichts Konkretes nennen. Drei negative Verhaltensmuster werden von den Befragten relativ häufig genannt: 18% stört, wenn Zuwanderer „kein Deutsch lernen“, 15%, wenn sie „sich nicht integrieren wollen“ und 12%, wenn Zuwanderer „häufig unter sich bleiben“ bzw. „in Gruppen auftreten“.

Andere Nennungen kommen deutlich seltener vor. So stört jeweils 6%, wenn Zuwanderer „respektlos sind“, „häufig auffallen“ oder aber „kriminell“ und „gewalttätig“ sind. Weitere 5% beklagen, Zuwanderer erhielten „zu viele staatliche Leistungen“. Jeweils 5% gefällt überhaupt nicht, wenn Zuwanderer „nicht offen für die deutsche Gesellschaft sind“ oder „in Traditionen verharren“. Noch seltener (jeweils 3%) wird angeführt, dass Zuwanderer „viele Ansprüche“ stellen oder „sehr religiös“ seien (Tabelle 4-2).

4.2 ANALYSE

In einem ersten Analyseschritt werden die sehr unterschiedlichen, jeweils über 20 positiven und negativen Einzelnennungen auf inhaltlicher Grundlage noch einmal etwas gröber zusammengefasst. In einem zweiten Schritt der Analyse wird herausgearbeitet, welche persönlichen und kontextuellen Merkmale eher zu Nennungen führen, die in die einzelnen Kategorien fallen.

4.2.1 POSITIVES

Aufgrund des Antwortverhaltens ist die Bildung von fünf Kategorien naheliegend.²¹ Einer ersten Kategorie werden Befragte zugeordnet, die keine positive Eigenschaft genannt haben (43%).²² An zweiter Stelle folgen Baden-Württemberger, die in Zuwanderern eine gesellschaftliche Bereicherung sehen (28%), knapp gefolgt von Bürgerinnen und Bürgern, die verschiedene Eigenschaften der Zuwanderer positiv hervorheben (26%). Deutlich seltener werden die Integrationsbereitschaft der Zuwanderer (8%) oder ihr wirtschaftlicher Nutzen (5%) hervorgehoben.²³

Ob Befragte überhaupt eine Nennung abgeben, d.h. ob sie Positives nennen können oder wollen, hängt stark vom Bildungsgrad ab. Während zwei Drittel (67%) der Befragten mit Studienabschluss eine Antwort geben, trifft dies nur auf gut die Hälfte (52%) der Befragten mit Hauptschulabschluss zu. Ein eigener Migrationshintergrund führt ebenfalls zu etwas häufigeren Nennungen (61%).

Der Bildungsgrad spielt eine noch stärkere Rolle, wenn es um Nennungen geht, die in die Kategorie „gesellschaftliche Bereicherung“ fallen. Lediglich 19% der Befragten mit Hauptschulabschluss machen eine entsprechende Angabe, jedoch 43% derer mit abgeschlossenem Studium. Andere Faktoren spielen eine untergeordnete Rolle.

Das Bildungsniveau hat keinen signifikanten Einfluss auf die Nennung von persönlichen Eigenschaften, die mit Zuwanderern positiv assoziiert werden. Es ist erneut ein eigener Migrationshintergrund, der mit häufigeren Nennungen positiver Eigenschaften (30%) einhergeht. Daneben prägt auch der Landesteil: Württemberger konnotieren häufiger (28%) Eigenschaften der Zuwanderer positiv als Badener (23%).

Die Integrationsbereitschaft von Zuwanderern wird öfter von Befragten positiv hervorgehoben, die nicht erwerbstätig sind (11%). Und auch Befragte in Partnerschaft (9%) nennen Integrationsbereitschaft als etwas, was ihnen an Zuwanderern besonders gut gefällt. Dabei sind es die Männer, bei denen eine Partnerschaft zu einer Verdopplung der Nennung Integrationsbereitschaft führt.²⁴

Der wirtschaftliche Nutzen im Zusammenhang mit Zuwanderern wird von Befragten, die einen Migrationshintergrund besitzen, deutlich häufiger (9%) erwähnt als von solchen, die keinen Migrationshintergrund besitzen (4%). Der Kontrast nach Geschlechtszugehörigkeit ist vergleichbar: Männer (6%) nennen den wirtschaftlichen Nutzen der Zuwanderer doppelt so häufig wie Frauen (3%).

Geht man einen Schritt weiter und betrachtet zusätzlich zu persönlichen Merkmalen und Kontext auch die Kontakte, die Befragte mit Zuwanderern haben, dann variieren die Nennungen ebenfalls. Haben Befragte viele Zuwanderer im Umfeld sowie Kontakte mit ihnen, dann sind positive Nennungen insgesamt häufiger. Zuwanderer werden dann auch eher als gesellschaftliche Bereicherung charakterisiert, ihre Eigenschaften positiv erwähnt und ihre Integrationsbereitschaft hervorgehoben. Seltener wird allerdings auf den wirtschaftlichen Nutzen von Zuwanderern hingewiesen.

²¹ Bei der Einteilung ergibt die Summe über 100%, da jeweils zwei Antworten berücksichtigt wurden, d.h. rund 10% der Befragten werden gleichzeitig zwei verschiedenen Kategorien zugeordnet.

²² Hier sind auch 4% Antwortverweigerungen subsummiert.

²³ Die Summe der Einzelnennungen übersteigt den Prozentanteil der jeweiligen Kategorie, da viele Befragte zwei Aspekte nannten, die in eine Kategorie fallen.

²⁴ Eine mögliche Erklärung ist eine Angleichung von Einstellungen im unmittelbaren Lebensumfeld, die u.a. aus dem Wunsch resultiert, kognitive Dissonanz zu vermeiden.

Tab. 4-1: Positive Nennungen

	in %
Nichts Positives genannt	43
Vielfalt/Bereicherung	
Bringen andere Kulturen/Bräuche mit	18
Bereichern Gastronomie/Esskultur	8
Ihre Vielfalt	6
Sind gut für unsere Gesellschaft	2
Positive Eigenschaften	
Sind freundlich/höflich	10
Sind offener im Umgang	9
Halten stärker zusammen	3
Sind fleißig	3
Sind hilfsbereit	3
Ihre Gastfreundschaft	1
Ihr Familiensinn	1
Sind spontan	1
Ihre Lebensfreude, Fröhlichkeit, Gelassenheit, Toleranz	1
Ihre Menschlichkeit	< 1
Sind ehrlich und zuverlässig	< 1
Ihr Mut, in ein anderes Land zu gehen	< 1
Nutzen	
Leisten gute Arbeit/tragen zum wirtschaftl. Erfolg bei	3
Ihre Leistungsbereitschaft/sie wollen arbeiten	1
Übernehmen unattraktive Arbeitsplätze	1
Integrationsbereitschaft	
Wollen sich integrieren	8
Sie bilden sich, lernen Deutsch	< 1

4.2.2 NEGATIVES

Da die negativen Nennungen etwas differenzierter sind, werden insgesamt sieben Kategorien gebildet.²⁵ Wie bei der Frage nach den positiven Eigenschaften bilden die größte Gruppe diejenigen, die nichts nennen wollten oder konnten (39%).²⁶ An zweiter Stelle folgen Baden-Württemberger, die potenzielle Integrationshemmnisse identifizieren (26%), knapp gefolgt von Bürgerinnen und Bürgern, die ganz gezielt die soziale und räumliche Segregation negativ hervorheben (25%). Deutlich seltener wird eine Form auffälligen Verhaltens der Zuwanderer (13%) angeführt. Noch seltener wird eine Anspruchshaltung (8%) kritisiert. Und sehr wenige Befragte (2%) geben an, Zuwanderer seien eine Art Bedrohung.

²⁵ Auch hier ergibt die Summe über 100%, da jeweils zwei Antworten berücksichtigt wurden, d.h. rund 10% der Befragten in zwei verschiedenen Kategorien sind.

²⁶ Hier sind auch 3% Antwortverweigerungen subsummiert.

Im Vergleich zu den Faktoren, die dazu führen, dass positive Nennungen erfolgen (Bildungsniveau und Migrationshintergrund), sind die Erklärungsfaktoren für die Wahrscheinlichkeit negativer Nennungen weniger eingängig. Zum einen geben Befragte in Partnerschaft häufiger eine Nennung ab (64%) als Alleinstehende (54%). Zum zweiten sind es häufiger Befragte mit einem mittleren Bildungsabschluss (Mittlere Reife), die sagen, was ihnen an Zuwanderern nicht gefällt (66%).

Potenzielle Integrationshemmnisse werden häufiger von den formal Hochgebildeten (31%) angeführt als von den Hauptschulabsolventen (23%). Frauen (28%) weisen ebenfalls häufiger auf diese möglichen Defizite hin als Männer (23%). Und auch die Ortsgröße und der Landesteil sind von Relevanz. Auf dem Land wird im Durchschnitt sehr viel seltener (15%) auf möglicherweise schlechte Integrationsvoraussetzungen hingewiesen als in den Städten, insbesondere in den Großstädten unter 500.000 Einwohnern (30%). Vor al-

lem im Regierungsbezirk Stuttgart (29%) werden die potenziellen Integrationshemmnisse häufiger genannt als in den anderen Regierungsbezirken (22% bis 26%).

Gezielt auf soziale oder räumliche Segregation weisen Männer (28%) eher hin als Frauen (23%). Und sowohl die Hochgebildeten (30%) als auch die Befragten mit Mittlerer Reife (29%) nennen Segregation eher als die Befragten mit Hauptschulabschluss (23%).

Auffälliges Verhalten von Zuwanderern ist so gut wie kein Thema auf dem Land (2%), aber in sämtlichen Städten und Gemeinden ab 2.000 Einwohnern (jeweils 12% und höher). In der Landeshauptstadt gibt es die häufigsten Nennungen in dieser Kategorie (15%). Alle anderen möglichen Erklärungsfaktoren, die im Rahmen der Analyse überprüft wurden, besitzen kei-

nen signifikanten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Nennung auffälliger Verhaltensmuster.

Auch für die Meinung, Zuwanderer stellen zu viele Ansprüche, spielt der Kontext die zentrale Rolle. Nun sind es allerdings die Befragten auf dem Land, die am häufigsten eine solche Meinung äußern (22%). Nur noch in Stuttgart ist der Anteil derjenigen Befragten, die eine Anspruchshaltung thematisieren, überdurchschnittlich hoch (13%).

Die Ansicht, Zuwanderer lehnten die Deutschen ab, kommt dreimal häufiger von Befragten ohne Schulabschluss (15%) als von Befragten mit Abschluss (5%). Andere mögliche Erklärungsfaktoren besitzen keinen signifikanten Einfluss.

Tab. 4-2: Negative Nennungen

	in %
Nichts Negatives genannt	39
Potenzielle Integrationshemmnisse	
Lernen kein Deutsch	18
Verharren in Traditionen	4
Sind sehr religiös	3
Können keine Kritik vertragen/sind intolerant	1
Frauen tragen Kopftücher/verhüllen sich	1
Sind arbeitsscheu, schlechte Arbeitsmoral	1
Sind nicht ordentlich/sauber/pünktlich	< 1
Ihnen fehlt Bildung	< 1
Sie haben keine Achtung gegenüber Frauen	< 1
Soziale und räumliche Segregation	
Wollen sich nicht integrieren	15
Bleiben unter sich	12
Ghettoisierung	< 1
Auffälliges Verhalten	
Sind respektlos/fallen auf	6
Sind kriminell/gewalttätig	6
Sind aggressiv	1
Alkohol, v.a bei Jugendlichen	< 1
Halten sich nicht an deutsche Gesetze, Regeln	< 1
Ihre Radikalität, Intoleranz	< 1
Ablehnung der Deutschen	
Sind nicht offen für die deutsche Gesellschaft	4
Lehnen die deutsche Kultur ab	1
Mögen die Deutschen nicht	< 1
Anspruchshaltung	
Erhalten zu viele staatliche Leistungen	5
Stellen viele Ansprüche	3
Fühlen sich benachteiligt/diskriminiert	1
Bedrohung	
Nehmen Arbeitsplätze weg	1
Es sind zu viele	1

Dass Zuwanderer bedrohlich sind, wurde von sehr wenigen Befragten (47 von 3.001) geäußert. Daher wird aus methodischen Gründen auf eine detailliertere Analyse verzichtet.

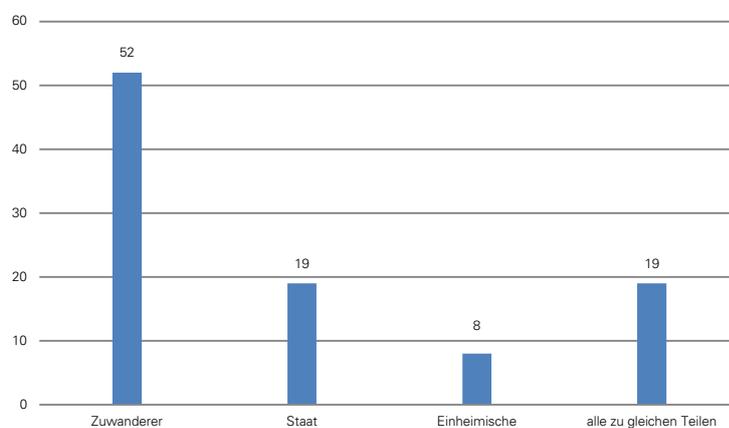
Abschließend wird auch für die negativen Nennungen überprüft, ob Kontakt zu Zuwanderern einen Einfluss auf die Antworten auf die Frage danach hat, was den Bürgerinnen und Bürgern an Zuwanderern überhaupt nicht gefällt. Es zeigt sich, dass mehr Kontakt mit Zuwanderern dazu beiträgt, dass die Befragten Integrationshemmnisse nennen und dass die Befragten angeben, die Zuwanderer würden die Deutschen ablehnen. Seltener wird dagegen über auffälliges Verhalten von Zuwanderern berichtet.

5 Die Integration von Zuwanderern: Verantwortlichkeit und Aktivität

5.1 ERGEBNISSE

Dass die Integration von Zuwanderern wichtig ist, lässt sich an den Antworten auf die Frage, was die Baden-Württemberger an den Zuwanderern überhaupt nicht gefällt, sehr gut ablesen. Doch wer trägt hauptsächlich Verantwortung für die Integration? Wenn man die Bürgerinnen und Bürger fragt, ob die Zuwanderer selbst, die Einheimischen oder der Staat am meisten für die Integration verantwortlich ist, antwortet die absolute Mehrheit der Befragten, dass die Zuwanderer die Hauptverantwortung für die Integration tragen. Ein Fünftel meint, Integration sei vorrangig Aufgabe des Staates und weniger als jeder Zehnte meint, dies sei vor allem Aufgabe der Einheimischen. Ein weiteres Fünftel gibt spontan an, dass alle drei Gruppen zu gleichen Teilen Verantwortung für die Integration der Zuwanderer tragen (Abbildung 5-1).

Abb. 5-1: Verantwortlichkeit für die Integration (in %)



Auf die Frage, ob die genannten Akteure genug für die Integration von Zuwanderern tun, ist eine klare Rangfolge feststellbar: 70% der Befragten sind der Ansicht, dass die Zuwanderer nicht genug für die Integration tun, 61% sehen Defizite bei den Einheimischen und 30% bei der Politik. Folgt man den Bürgerinnen und Bürgern, dann müssten sowohl die Zuwanderer als auch sie selbst mehr für die Integration tun. Die Politik wird demgegenüber bereits als vergleichsweise

tatkräftiger Akteur im Integrationsprozess wahrgenommen.

5.2 ANALYSE

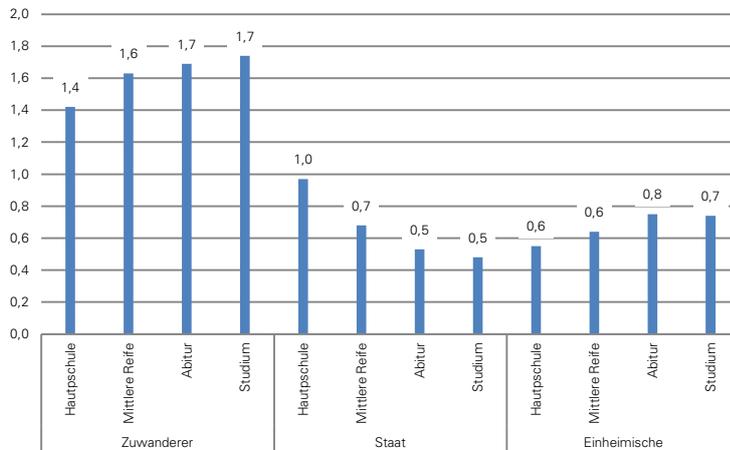
Für die Analyse wurden neben den Antworten auf die Frage nach dem Hauptverantwortlichen auch Antworten auf eine Nachfrage nach dem Verantwortlichen an zweiter Stelle herangezogen. Dadurch lässt sich ein Durchschnittswert errechnen, der theoretisch von 0 (überhaupt nicht genannt) über 1 (an zweiter Stelle genannt) bis 2 (an erster Stelle genannt) reicht. Die Zuwanderer als Hauptverantwortliche kommen hierbei auf einen arithmetischen Mittelwert von 1,5, der Staat auf 0,8 und die Einheimischen auf 0,6.²⁷

Es sind in größerem Ausmaß die formal Hochgebildeten (Mittelwert: 1,7), die Befragten in Partnerschaft (1,6) sowie die Württemberger (1,6), die den Zuwanderern selbst eine größere Verantwortung für die Integration zuschreiben (vgl. auch Abbildung 5-2).

Die formal Hochgebildeten und die Männer sehen überdurchschnittlich oft (auch) eine Verantwortung der Einheimischen (jeweils 0,7). Seltener sagen dies Befragte mit Migrationshintergrund und Befragte, die in einer Partnerschaft leben (jeweils 0,6). Der Staat schließlich trägt nach Ansicht der formal niedrig Gebildeten (Hauptschule: 1,0), der Frauen (0,8) und der Befragten mit Migrationshintergrund (0,8) eine größere Verantwortung für die Integration.

²⁷ Es wurden nachfolgend ordinale Regressionen gerechnet. Alle anderen Angaben (auch die Antworten derjenigen, die spontan sagten, dass alle drei Akteure gleichermaßen verantwortlich seien) wurden nicht berücksichtigt (Behandlung als fehlende Werte).

Abb. 5-2: Verantwortlichkeit für die Integration nach Bildungsabschluss (Mittelwerte)



Die Antworten, wer mehr für die Integration von Zuwanderern tun sollte, unterscheiden sich stark nach dem Bildungsgrad. Die Hochgebildeten sind häufiger der Ansicht, dass der Staat (41%) und die Einheimischen (68%) nicht genug für die Integration tun.

Doch auch das Alter spielt eine Rolle für die Erklärung von Einstellungsunterschieden. Insbesondere die Befragten mittleren Alters (35 bis 64 Jahren) sind häufiger als die Befragten unter 35 bzw. ab 65 Jahren der Ansicht, dass die Zuwanderer selbst und die Einheimischen nicht genug für die Integration tun.²⁸

Die Befragten mit Migrationshintergrund unterscheiden sich in Bezug auf die Einschätzungen hinsichtlich Zuwanderern und Einheimischen nicht signifikant von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Sie meinen aber etwas häufiger (35%), dass der Staat nicht genug für die Integration von Zuwanderern tut. Diese Einschätzung teilen die Befragten auf dem Land (41%). Und mit Blick auf die beiden Landesteile ist festzustellen, dass die Württemberger (64%) häufiger als die Badener (58%) der Ansicht sind, dass die Einheimischen nicht genug für die Integration von Zuwanderern tun.

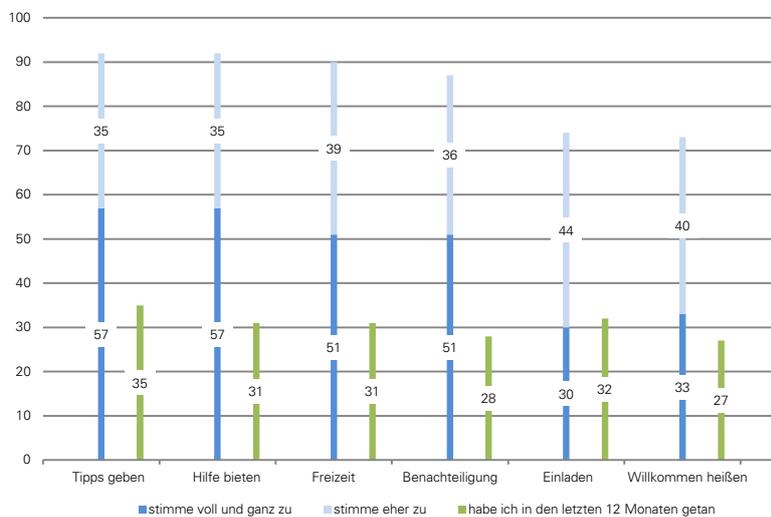
²⁸ Dieser Befund gilt in Bezug auf die Zuwanderer auch für die 65- bis 79-Jährigen.

6 Die Rolle der Einheimischen im Integrationsprozess

6.1 ERGEBNISSE

Die Bürgerinnen und Bürger sind mehrheitlich der Ansicht, dass die Einheimischen mehr für eine gelungene Integration tun sollten. Antworten auf Nachfragen zu verschiedenen Integrationsmaßnahmen für gerade Zugewanderte ergeben eine Art Selbstverpflichtung der Baden-Württemberger, mehr zur Integration von Zuwanderern beizutragen.

Abb. 6-1: Bewertung von Maßnahmen für neu Zugewanderte und deren Umsetzung durch Einheimische (in %)



Jeweils 92% meinen, dass man gerade Zugewanderten „Tipps zum Einleben in der neuen Umgebung geben“ oder „ihnen Hilfe bei konkreten Problemen, zum Beispiel mit Ämtern und Behörden, anbieten“ sollte. Noch 90% sind der Ansicht, dass man die neuen Zuwanderer „zur Beteiligung an eigenen Freizeitaktivitäten, zum Beispiel im Verein, ermuntern“ sollte, und 87% geben an, dass man „für sie Partei ergreifen“ sollte, „wenn sie benachteiligt werden.“ 74% stimmen der Ansicht zu, dass man gerade Zugewanderte „auch einmal nach Hause einladen“ und 73%, dass man „Zuwanderer persönlich willkommen“ heißen sollte.

Diese Ergebnisse zeugen von einer grundsätzlichen Bereitschaft der Einheimischen, zur Integration aktiv beizutragen. Fragt man allerdings auch danach, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen zwölf Monaten selbst aktiv waren, ergibt sich

ein modifiziertes Bild (Abbildung 6-1). Tipps zum Einleben in der neuen Umgebung wurden von mehr als einem Drittel gegeben. Eine Einladung nach Hause wurde am zweithäufigsten ausgesprochen. Jeweils 31% sagen, sie hätten zur Beteiligung an eigenen Freizeitaktivitäten ermuntert oder sie hätten konkrete Hilfe angeboten. 28% haben für Zuwanderer Partei ergriffen und 27% Zuwanderer persönlich willkommen geheißen. Es zeigt sich, dass die Integrationspraxis im Vergleich zur Erwartung, Zuwanderer bei der Integration zu unterstützen, zurückbleibt.

6.2 ANALYSE

Die Antwortunterschiede nach sozialstrukturellen Merkmalen oder dem Kontext fallen bei den Fragen nach dem, was die Einheimischen tun sollten, alles in allem gering aus. Die Geschlechtszugehörigkeit spielt am häufigsten eine gewisse Rolle, denn Frauen erachten im Vergleich zu den Männern Hilfestellungen bei

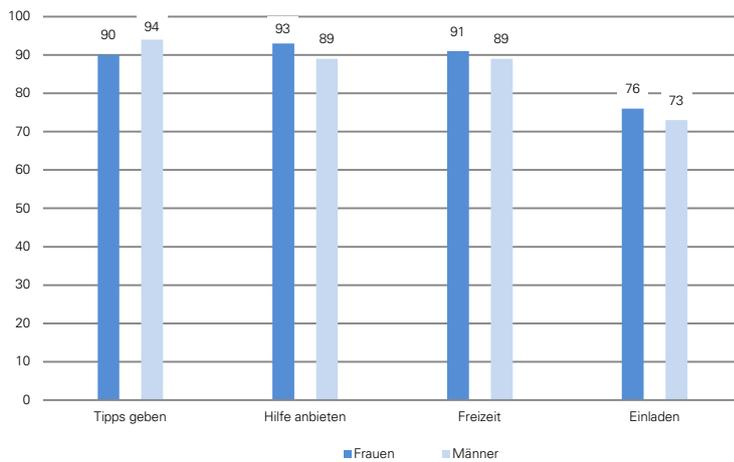
konkreten Problemen (93%), die Ermunterung zu Freizeitaktivitäten (90%) und Einladungen nach Hause (76%) als wichtiger. Demgegenüber halten Männer mehr von konkreten Tipps zum Einleben in der neuen Umgebung (94%).

Auch die Unterschiede nach Alter fallen gering aus. So befürworten die etwas Älteren zwischen 45 und 79 Jahren (74% und mehr) eher eine Einladung nach Hause als die Befragten unter 25 (70%) oder über 80 Jahren (62%). Demgegenüber halten die Befragten unter 35 Jahren die Hilfestellung bei konkreten Problemen für wichtiger (95% und mehr) als die älteren Befragten.

Wer selbst einen Migrationshintergrund besitzt, hält mehr von Tipps (93%) und konkreten Hilfestellungen (94%), aber weniger davon, dass für Zuwanderer Par-

tei ergriffen werden sollte, wenn sie benachteiligt werden (84%). Letzteres wird vor allem von Befragten mit Studium (94%) eingefordert. Die Hochgebildeten sind auch häufiger der Ansicht, man sollte Zuwanderer auch einmal nach Hause einladen (90%); diese Ansicht teilen lediglich 69% der Befragten mit Hauptschulabschluss.

Abb. 6-2: Bewertung von Maßnahmen für neu Zugewanderte nach Geschlecht (in %)



Selbst bei denjenigen Befragten, die den verschiedenen Maßnahmen voll und ganz zustimmen, besteht eine erhebliche Diskrepanz zum eigenen Handeln.²⁹ Plausibel sind die Unterschiede, wenn es im eigenen Lebensumfeld keine oder wenige Zuwanderer gibt. Die Befragten sagen dann in der Tat deutlich häufiger, dass sie die verschiedenen Maßnahmen nicht ergriffen haben. Von diesem Faktor abgesehen spielen der Bildungsgrad als auch das Wohnumfeld häufiger eine gewisse Rolle für die Erklärung als andere Faktoren.

Wer ein Studium abgeschlossen hat und die folgenden Maßnahmen für sehr wichtig hält, der praktiziert auch eher das Geben von Tipps (72%) oder leistet konkrete Hilfe (70%) als beispielsweise Befragte mit Hauptschulabschluss (53% bzw. 50%). Dies gilt nicht, wenn es darum geht, bei einer Benachteiligung Partei zu ergreifen: Hier handeln die Befragten mit Haupt-

schulabschluss (54%) oder Mittlerer Reife (58%) eher entsprechend ihrer eigenen Präferenz als diejenigen, die ein Studium abgeschlossen haben (49%).

Der räumliche Kontext spielt eine Rolle, wenn es um das Willkommenheißten, die Aufforderung zu Freizeitaktivitäten oder die konkrete Hilfe geht. In der Landeshauptstadt begrüßen von denjenigen, die meinen, man sollte Zuwanderer willkommen heißen, 75% diese auch im Alltag. Auf dem Land sind es nur 40%. Ein sehr ähnlicher Kontrast besteht bei der Aufforderung zu eigenen Freizeitaktivitäten (Stadt: 72% zu Land: 58%). Und schließlich leisten von denjenigen, die konkrete Hilfestellungen für sehr wichtig halten, in Baden mehr konkrete Hilfe (62%) als in Württemberg (53%).

²⁹ Die nachfolgenden Prozentuierungen basieren auf Befragten, die der Notwendigkeit der jeweiligen Maßnahme „voll und ganz“ zugestimmt haben.

7 Integration in kultureller Vielfalt

Die Baden-Württemberger schätzen die kulturelle Vielfalt im „Ländle“. Auf die Frage, ob man lieber in einem Land mit nur einer Kultur und Lebensweise oder in einem Land mit vielen Kulturen und Lebensweisen leben möchte, ist das Ergebnis eindeutig: 80% präferieren die kulturelle Vielfalt und lediglich 15% eine einheitliche Kultur und Lebensweise.

7.1 ERGEBNISSE

7.1.1 INTEGRATIONSERWARTUNGEN AN ZUWANDERER

Zwar ist eine unmittelbare Übertragung dieser grundsätzlichen Haltung auf die kulturelle Vielfalt, die durch Zuwanderung entsteht, nicht möglich. Allerdings spiegeln auch die konkreteren Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Integrationsleistungen der Zuwanderer eine grundsätzliche Akzeptanz kultureller Vielfalt wider: Lediglich ein Drittel (33%) der Baden-Württemberger stimmt der Meinung zu, dass Zuwanderer ihre kulturelle und religiöse Lebensweise ganz oder teilweise aufgeben sollten, und nur 9% stimmen „voll und ganz“ zu.

Alle Befragten sind der Ansicht, dass Zuwanderer die Gesetze in Deutschland beachten und die deutsche Sprache lernen sollten. Fast alle Bürgerinnen und Bürger meinen, dass sich Zuwanderer um einen Ar-

beitsplatz bemühen und die Schule erfolgreich abschließen sollten. Auch sollten sie nach Ansicht der Bevölkerung im Land Freundschaften mit Deutschen schließen, wobei im Vergleich zu den vier anderen Erwartungen ein erheblich größerer Anteil dieser Aussage nur „eher“ als „voll und ganz“ zustimmt (Abbildung 7-1).

7.1.2 HERAUSFORDERUNGEN FÜR DAS ZUSAMMENLEBEN

Manche Verhaltensweisen von Zuwanderern werden von der Bevölkerung kritisch gesehen. Eine Bestandsaufnahme dessen, was den Einheimischen missfällt und womit sie kaum Schwierigkeiten haben, fehlt allerdings bislang. Die Umfrage gibt hierüber näher Auskunft.

Für die Baden-Württemberger endet Toleranz da, wo das Recht gebrochen und in persönliche Freiheitsrechte eingegriffen wird. 96% stört es, wenn aus kulturellen Gründen Gewalt angewandt wird, und 87% finden es mehr als befremdlich, wenn die Eltern darüber entscheiden, wen die eigenen Kinder heiraten. Darüber hinaus stört eine klare Mehrheit der Befragten, wenn „Zuwanderer vor allem unter sich bleiben“ (Abbildung 7-2).

Deutlich seltener wird geäußert, dass der Anspruch „von den Einheimischen anerkannt zu werden“ störend sei. 29% der Befragten haben Probleme damit, dass Zuwanderer „öffentlich demonstrieren, um auf politische Probleme in ihrem Herkunftsland aufmerksam zu machen.“ Etwas mehr, nämlich jeweils rund ein Drittel stört es, wenn Moscheen gebaut werden, „Zuwanderer in der Öffentlichkeit eine fremde Sprache sprechen“ oder „wenn muslimische Frauen Kopftücher tragen.“

Abb. 7-1: Integrationserwartungen an Zuwanderer (in %)

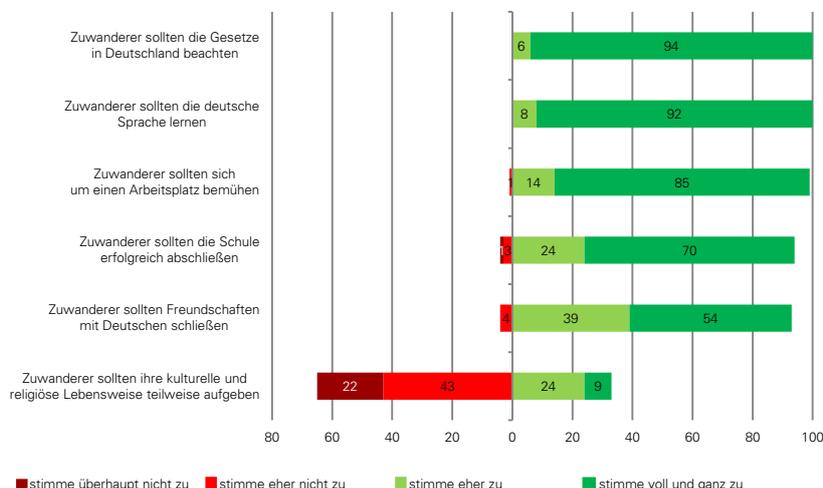
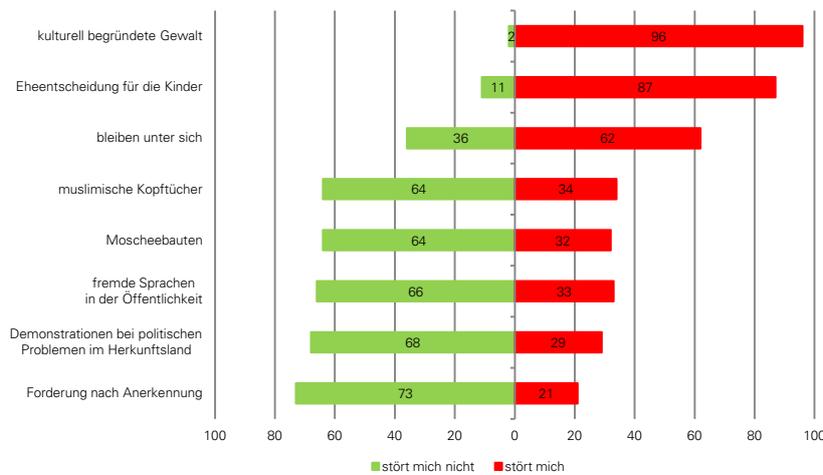


Abb. 7-2: Potenziell störende Verhaltensweisen von Zuwanderern (in %)



7.2 ANALYSE

7.2.1 INTEGRATIONSERWARTUNGEN

Wie die Ergebnisse bereits zeigen, besteht in der Bevölkerung insgesamt großer Konsens darüber, welche Integrationsleistungen Zuwanderer erbringen sollten. Die Unterschiede nach sozialstrukturellen Merkmalen oder Kontexten sind durchweg gradueller Natur, so dass auch signifikanten Einzeleffekten wenig Bedeutung in der Praxis zukommt.

Die größten Unterschiede lassen sich mit Blick auf die Forderung nach einer teilweisen Aufgabe der kulturellen und religiösen Lebensweise herausarbeiten. Dieser Ansicht stimmt insgesamt ein Drittel der Befragten zu, unter den Christen sind es 35%, wobei es keine signifikanten Unterschiede zwischen Katholiken und Protestanten gibt. Dass die Angehörigen nicht-christlicher Religionen diese Ansicht nicht in gleichem Ausmaß teilen (21%), kann in einem christlich geprägten Land nicht überraschen. Auch, dass wenige Muslime (10%) dieser Ansicht sind, ist naheliegend. Allerdings sagen auch 31% derer, die keiner Religion angehören, dass Zuwanderer ihre

kulturelle und religiöse Lebensweise teilweise aufgeben sollten.

7.2.2 HERAUSFORDERUNGEN

Mit Ausnahme von Gewaltanwendung weisen die abgefragten Verhaltensmuster ausreichend Unterschiede nach Sozialstruktur und Kontext auf, um sie einer genaueren Analyse unterziehen zu können. Dabei bestehen bei sechs der sieben Erscheinungsformen signifikante Differenzen nach dem Grad der formalen Bildung. Mit dem Bildungsgrad wenig zu tun haben die

Einstellungsunterschiede mit Blick auf das Tragen von Kopftüchern.

Die Befragten mit Studienabschluss jedoch geben in vier von sechs Fällen seltener an, dass sie eine der Verhaltensweisen störe (Abbildung 7-3). Das betrifft die Forderung nach Anerkennung, Demonstrationen, das Sprechen einer fremden Sprache und den Moscheebau. Befragte mit Hauptschulabschluss stört all dies signifikant häufiger. Anders verhält es sich mit arrangierten Hochzeiten und wenn Zuwanderer unter sich bleiben. Hieran reiben sich Hochgebildete signifikant häufiger als formal niedrig Gebildete.

Abb. 7-3: Bewertung von Verhaltensweisen als störend nach Bildungsabschluss (in %)

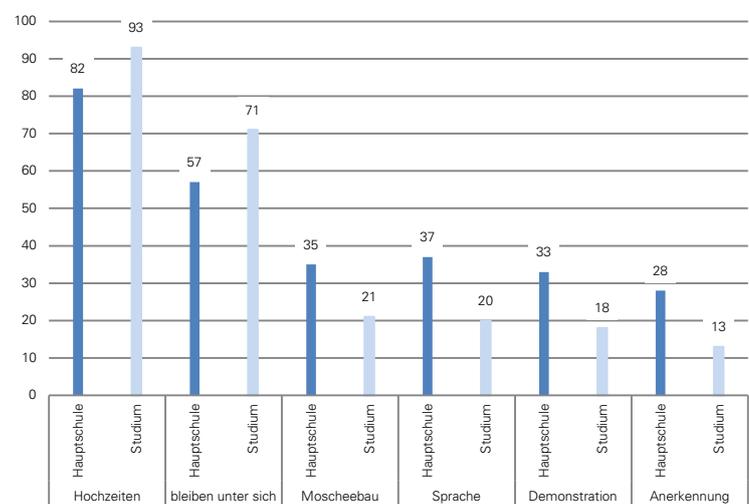
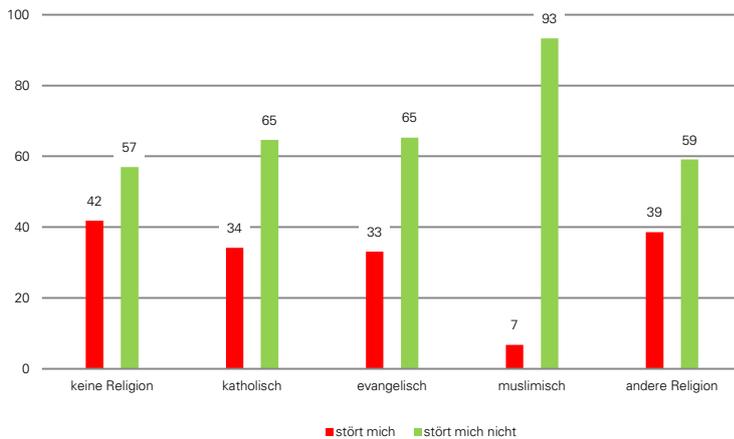


Abb. 7-4: Bewertung des Tragens von Kopftüchern nach Religionszugehörigkeit (in %)



Befragte mit Migrationshintergrund stört zwar häufiger, wenn Zuwanderer demonstrieren (35%), doch eine fremde Sprache in der Öffentlichkeit wird eher akzeptiert (störend: 28%). Die Unterschiede nach Ortsgröße sind nicht stringent, doch insbesondere die Befragten aus Stuttgart sind häufiger von arrangierten Heiraten (93%) oder Moscheebau (39%) negativ berührt. Und Erwerbstätige stört sehr viel häufiger (67%) als nicht Erwerbstätige (55%), wenn Zuwanderer unter sich bleiben.

Mit Blick auf das Tragen von Kopftüchern muslimischer Frauen zeigt sich zunächst ein merklicher Unterschied nach Landesteil: Württemberger stört dies stärker (38%) als Badener (30%). Und es sind Konfessionslose sowie Nicht-Christen, denen das Tragen von Kopftüchern stärker missfällt als Christen (Abbildung 7-4). Interessanterweise stört das Tragen von Kopftüchern auch Alleinstehende und Befragte mit Kindern im Haushalt weniger stark (jeweils 29%) als Menschen, die in einer Partnerschaft (36%), aber ohne Kinder im Haushalt (41%) leben.

7.3 VERGLEICH ZU DEUTSCHLAND

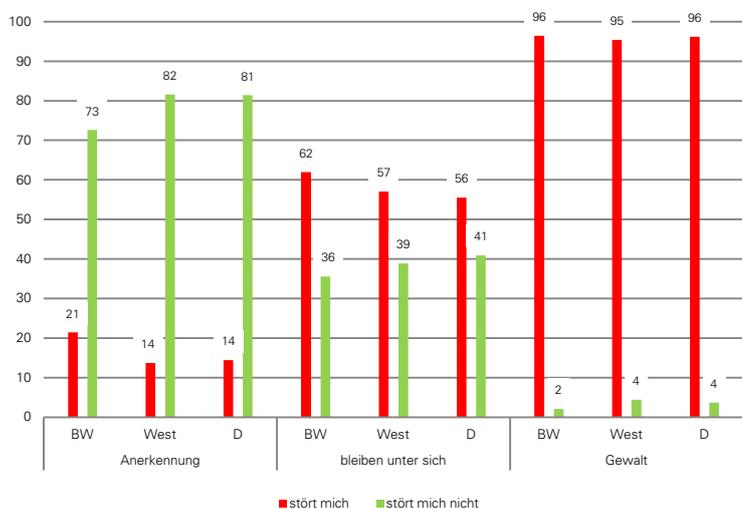
7.3.1 INTEGRATIONSERWARTUNGEN

Im Vergleich zu Deutschland unterscheiden sich die Antworten der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs hinsichtlich zwei der insgesamt sechs Integrationserwartungen. Die größte Differenz zeigt sich bei der Forderung nach einer teilweisen Aufgabe der kulturellen und religiösen Lebensweise. In Baden-Württemberg ist die Zustimmung hierzu sieben Prozentpunkte geringer als in Westdeutschland und

acht Prozentpunkte geringer als in Deutschland. Die Baden-Württemberger erwarten demnach in signifikant geringerem Maße als die Bevölkerung im restlichen Bundesgebiet von Zuwanderern eine Aufgabe ihrer Lebensweise.

Die Antwortunterschiede bei der Frage danach, ob Zuwanderer Freundschaften mit Deutschen schließen sollten, sind gerade noch signifikant. Im Vergleich zu Westdeutschland ist der Unterschied gradueller Natur (zwei Prozentpunkte mehr, die voll und ganz zustimmen, doch knapp zwei Prozentpunkte weniger, die eher zustimmen). Im Vergleich zu Deutschland zeigt sich, dass die Zustimmung in Baden-Württem-

Abb. 7-5: Bewertung von Verhaltensweisen nach Befragungsgebiet (in %)



berg gut einen Prozentpunkt über der im Land insgesamt liegt.

7.3.2 HERAUSFORDERUNGEN

Bei drei der insgesamt acht vorgegebenen Verhaltensmuster, die als störend wahrgenommen werden könnten, weicht die Haltung der Baden-Württemberger von derjenigen im restlichen Deutschland ab. Die Bürgerinnen und Bürger des Landes empfinden alle drei Verhaltensmuster häufiger als störend als die Bürgerinnen und Bürger anderer Bundesländer zusammengenommen.

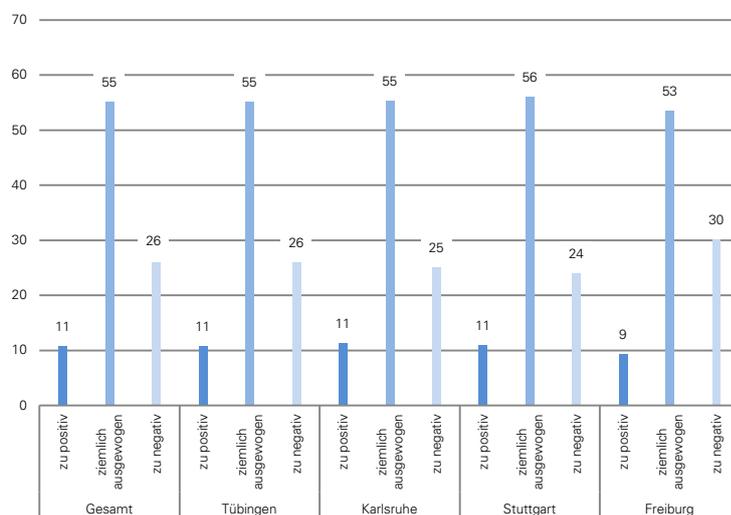
Wie Abbildung 7-5 zu entnehmen ist, betrifft dies insbesondere Anerkennung und soziale Segregation: Hier sind sowohl die Anteile derer, die dies stört, höher, als auch die Anteile derer, die es nicht stört, niedriger. Bei der dritten Verhaltensweise sind die Unterschiede zwischen den Gebietseinheiten deutlich geringer, und der signifikante Unterschied besteht zwischen denjenigen, die sagen, es störe sie nicht. Im Vergleich zu Baden-Württemberg empfindet zumindest eine größere Minderheit der Bürgerinnen und Bürger im Westen und in Deutschland insgesamt kulturell begründete Gewalt als nicht störend.

8 Integration und öffentlicher Diskurs

8.1 ERGEBNISSE

Die Medien spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle im Integrationsprozess. Sie sind nicht nur Agenda-Setter, indem sie bestimmte Aspekte der Integration eigenständig aufgreifen, sondern sie wirken auch als Verstärker bestehender integrationspolitischer Diskurse. Für die Integration relevant ist dabei vor allem die Frage, inwieweit Medien über Integration ausgewogen berichten.

Abb. 8-1: Bewertung der Medienberichterstattung über Integration nach Region (in %)



Mehr als die Hälfte der Baden-Württemberger meint, dass die Medien „ziemlich ausgewogen“ über die Integration berichten. Immerhin ein Viertel vertritt die Ansicht, die Berichterstattung sei „zu negativ“, und etwa jeder Zehnte sagt, die Berichterstattung sei „zu positiv“ (Abbildung 8-1). Die Medien könnten demnach durchaus ausgewogener über die Fragen der Integration berichten.

Der öffentliche Diskurs der letzten Jahre war von einigen, teils provokanten Thesen über Zuwanderung und Integration geprägt. Eine der vielleicht aufsehenerregendsten Interpretationen fiel im Zusammenhang mit Ausführungen zur Erblichkeit von Intelligenz: Türken und Araber seien weniger intelligent als Eu-

ropäer.³⁰ Dieser Aussage stimmt nur ein verschwindend kleiner Teil (3%) der Baden-Württemberger zu. Dass durch Zuwanderung die christlichen Werte und Traditionen gefährdet seien, machen sich mehr Personen (23%) zu eigen, doch die große Mehrheit lehnt auch diese Feststellung ab. Und nur ein gutes Viertel der Bürgerinnen und Bürger (27%) teilt die Auffassung des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, dass der Islam zu Deutschland gehöre.

Nach Ansicht der breiten Mehrheit der Baden-Württemberger ist Deutschland allerdings ein Einwanderungsland: 88% stimmen dieser Aussage zu, lediglich 10% lehnen sie ab. Und spiegelverkehrt fällt die Reaktion auf die Aussage aus, dass Zuwanderer den Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen: nur 10% teilen diese Ansicht, 88% lehnen sie ab. Folglich haben die Bürgerinnen und Bürger sowohl realisiert, dass Zuwanderer in der Regel nicht die Arbeitsplätze Einheimischer gefährden als auch, dass Zuwanderung zu dauerhafter Niederlassung führt.

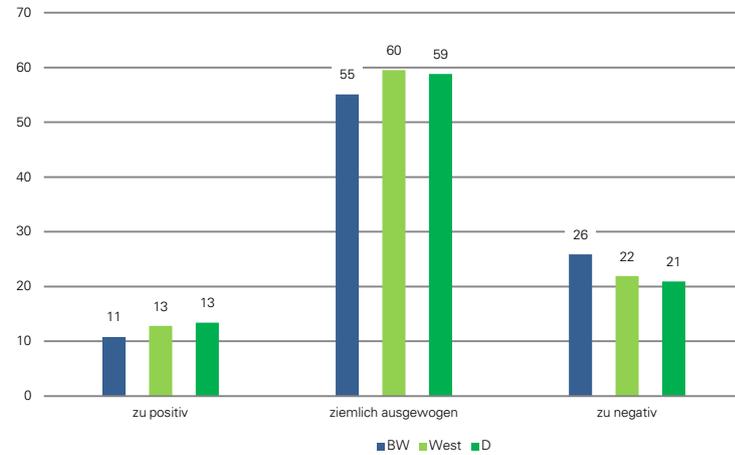
8.2 ANALYSE

Einige Befragte sind etwas häufiger der Ansicht, dass die Medienberichterstattung zu negativ sei. Dies gilt vor allem für Menschen mit Hochschulabschluss (31%), insbesondere in Kontrast zu Menschen, die einen Hauptschulabschluss besitzen (22%). Auch Frauen (28%) sind insgesamt häufiger als Männer (24%) der Ansicht, die Berichterstattung der Medien sei zu negativ. Darüber hinaus gibt es Kontexteffekte: Auf dem Land ist die Hälfte der Befragten (51%) der Meinung, die Medienberichterstattung sei zu negativ. Und im Vergleich der Landesteile sowie Regierungs-

³⁰ Vgl. Berichterstattung zu Thilo Sarrazin: z.B. FAZ online vom 26.08.2010, Spiegel online vom 30.08.2012.

bezirke (Abbildung 8-1) zeigt sich, dass insbesondere die Bevölkerung im Regierungsbezirk Freiburg die

Abb. 8-2: Bewertung der Medienberichterstattung über Integration nach Befragungsgebiet (in %)



Medienberichterstattung über Zuwanderer als zu negativ beurteilt.

Mit Blick auf die Einzelaussagen führt ein unterschiedlicher Bildungsgrad am häufigsten zu abweichenden Meinungen. So sind 45% der Befragten mit Hochschulabschluss der Ansicht, der Islam gehöre zu Deutschland (Hauptschule: 18%). Und lediglich 3% von ihnen meinen, dass Zuwanderer Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen (Hauptschule: 14%). Auch ist unter den Befragten mit Studium der Anteil derer unterdurchschnittlich (18%), die meinen, durch Zuwanderung seien die christlichen Werte und Traditionen gefährdet (Hauptschule: 29%).

Die Gefährdung christlicher Werte und Traditionen befürchten neben den Christen (26%) auch häufiger die älteren Befragten (65 Jahre und älter: 27-30%) als die jüngeren (18-64 Jahre: 18-23%). Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, wird etwas häufiger von den Erwerbstätigen (90%) und den Frauen (89%) als von den nicht Erwerbstätigen und den Männern (jeweils 86%) bejaht. Ein eigener Migrationshintergrund führt bei vier der fünf Fra-

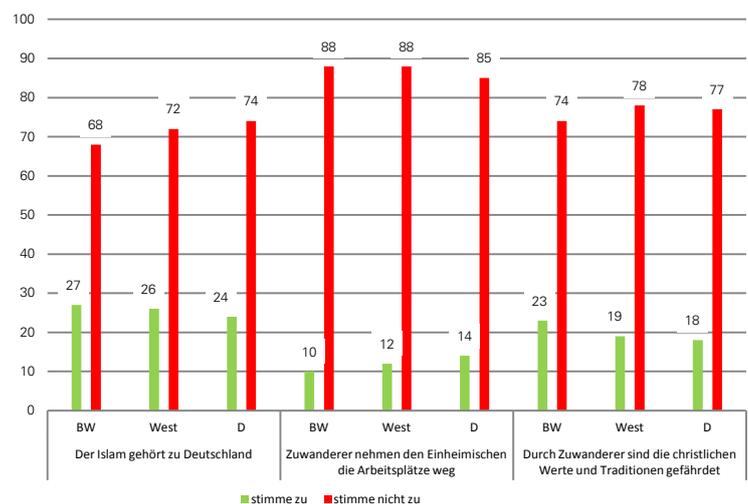
gen zu keinen signifikanten Meinungsunterschieden. Lediglich bei der Frage danach, ob der Islam zu Deutschland gehöre, bestehen leichte Differenzen: Die Befragten mit Migrationshintergrund stimmen der Aussage Christian Wulffs seltener zu (21%) als die Befragten ohne Migrationshintergrund (28%).³¹

8.3 VERGLEICH ZU DEUTSCHLAND

Im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet wird die Medienberichterstattung über die Integration von Zuwanderern von den Baden-Württembergern häufiger als „zu negativ“ eingestuft (Abbildung 8-2).

Obwohl diese Bewertungen sich nicht ausschließlich auf lokale oder regionale Medien beziehen, so deuten die Ergebnisunterschiede zum Bund dennoch darauf hin, dass insbesondere im Bundesland selbst von den Medien noch etwas ausgewogener über Fragen der Integration berichtet werden könnte.

Abb. 8-3: Bewertung der Medienberichterstattung über Integration nach Befragungsgebiet (in %)



³¹ Selbst wenn man zwischen verschiedenen Migrationssystemen differenziert, ändert sich dieser Befund nicht: Liegt der Hintergrund in einem Aussiedlerland (Rumänien, Polen, ehemalige Sowjetunion oder ein Nachfolgestaat), dann ist die Zustimmung zur Aussage Wulffs nur unwesentlich geringer (20%) als wenn der Hintergrund in einem ehemaligen Anwerbeland liegt (22%).

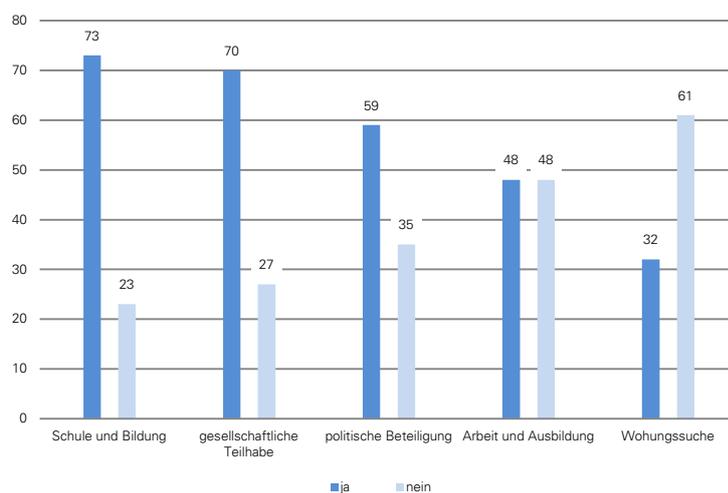
Bei immerhin drei der fünf Thesen zu Integration und Zuwanderung unterscheidet sich die Sicht der Baden-Württemberger leicht von derjenigen der Deutschen außerhalb des Südweststaats (Abbildung 8-3). Gelasener äußern sich die Bürgerinnen und Bürger des Landes mit Blick auf die Aussage Wulffs, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Auch wird seltener als andernorts befürchtet, dass Zuwanderer den Einheimischen Arbeitsplätze wegnehmen. Etwas mehr Sorge bereitet der Bevölkerung aber der mögliche Einfluss von Zuwanderung auf christliche Werte und Traditionen. Etwas zugespitzt ließe sich sagen, dass sich in den Antwortdifferenzen zum Bund sowohl eine gewisse Weltoffenheit, als auch eine etwas stärkere christliche Tradition des Bundeslandes widerspiegelt.

9 Chancen(un)gleichheit?

9.1 ERGEBNISSE

Eine Benachteiligung von Zuwanderern ist ein Integrationshemmnis. Die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs gehen nicht davon aus, dass Zuwanderer in allen gesellschaftlichen Bereichen die gleichen Chancen wie Einheimische besitzen. 61% meinen, dass Zuwanderer nicht die gleichen Chancen „bei der Suche nach einer Wohnung“ haben und knapp die Hälfte ist der Ansicht, dass Zuwanderer nicht die „gleichen Chancen auf der Suche nach einem Arbeits- und Ausbildungsplatz“ besitzen (Abbildung 9-1).

Abb. 9-1: Bewertung der Chancengleichheit bezüglich verschiedener Kontexte (in %)



Demgegenüber wird eine Ungleichheit bei „Chancen auf einen Schul- und Bildungsabschluss“ von nur 23% wahrgenommen. Nachteile bei der Beteiligung in den Bereichen Gesellschaft und Politik sind aus Sicht der Bevölkerung ebenfalls schwächer ausgeprägt als bei Wohnen und Arbeit. Insgesamt nehmen 76% der Baden-Württemberger Chancenungleichheiten zu Lasten der Zuwanderer in mindestens einem Lebensbereich wahr, nur 7% allerdings in allen fünf abgefragten Bereichen.

9.2 ANALYSE

Die Analyse zeigt, dass hinsichtlich der Wahrnehmung von Chancenungleichheit vor allem Unter-

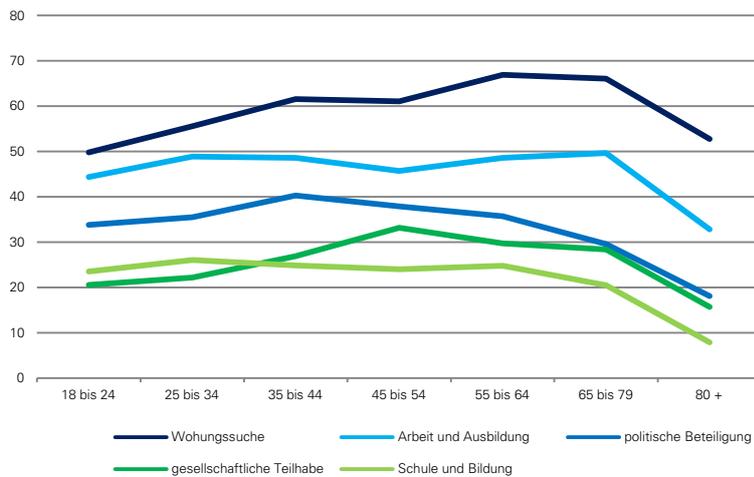
schiede nach Alter und Bildungsgrad bestehen. Wie Abbildung 9-2 illustriert, ist unter den ältesten Befragten der Anteil derer, die von Chancenungleichheit sprechen, stets am niedrigsten. Und auch die jüngste Alterskohorte gibt unterdurchschnittlich oft an, dass Zuwanderer nicht die gleichen Chancen besitzen. Die 25- bis 35-Jährigen identifizieren im Vergleich zu anderen Altersgruppen häufiger Chancenungleichheit bei Bildung, Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt. Demgegenüber sprechen die 55- bis 79-Jährigen vergleichsweise oft von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt.

Die formal Hochgebildeten unterscheiden sich bei der Wahrnehmung von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt (77%) am stärksten von den Befragten mit Hauptschulabschluss (52%). Etwas geringer sind die bildungsbedingten Einstellungsunterschiede bei Arbeits- und Ausbildungsplatz (57% zu 41%) sowie Schule und Bildung (34% zu 20%). Bei der Frage nach den Chancen, sich gesellschaftlich beteiligen zu können, fallen die Unterschiede geringer aus (32% zu 25%), und bei der politischen Be-

teiligung laufen sie tendenziell sogar in die entgegengesetzte Richtung (32% zu 34%).

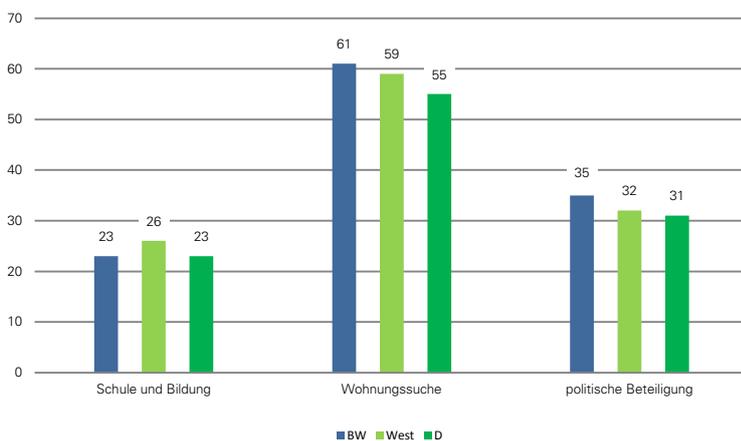
Frauen sagen durchweg häufiger als Männer, dass es keine Chancengleichheit für Zuwanderer gibt. Am größten fällt dieser Unterschied bei der politischen Beteiligung aus: 39% der Frauen geben an, dass Zuwanderer hier nicht die gleichen Chancen hätten, doch nur 30% der Männer. Interessant ist auch, dass die Befragten mit Migrationshintergrund lediglich in Bezug auf zwei Lebensbereiche häufiger die Meinung äußern, dass Zuwanderer benachteiligt würden: bei der Suche nach einem Arbeits- und Ausbildungsplatz (53%; ohne MH: 46%) und bei der politischen Beteiligung (40% zu 33%).

Abb. 9-2: Chancenungleichheit bezüglich verschiedener Kontexte nach Alter (in %)



Es bestehen darüber hinaus punktuell signifikante Unterschiede nach Ortsgröße und Landesteil. So sind bei Bildung, Wohnungssuche und politischer Beteiligung die Württemberger häufiger der Ansicht, dass Zuwanderer nicht die gleichen Chancen besitzen wie Einheimische.³²

Abb. 9-3: Chancenungleichheit bezüglich verschiedener Kontexte nach Befragungsgebiet (in %)



³² Dies gilt bis auf die politische Beteiligung auch für die württembergischen Regierungsbezirke. Bei der politischen Beteiligung gehen die Befragten im Regierungsbezirk Freiburg etwas häufiger davon aus, dass Chancenungleichheit besteht (38%) als die Befragten im Regierungsbezirk Stuttgart (36%).

9.3 VERGLEICH ZU DEUTSCHLAND

Im Hinblick auf Chancengleichheit sind die Baden-Württemberger punktuell skeptischer als die Deutschen insgesamt. Wie Abbildung 9-3 zeigt, bestehen signifikante Wahrnehmungsunterschiede bei der Suche nach einer Wohnung und bei den Möglichkeiten zur politischen Beteiligung von Zuwanderern. Dabei wird die Chancenungleichheit sowohl im Vergleich zu den westlichen Bundesländern als auch zu Deutschland insgesamt höher eingeschätzt.

In Bezug auf die Chancenungleichheit bei Schul- und Bildungsabschlüsse ist lediglich der Unterschied zu Deutschland insgesamt signifikant.³³

³³ Der Unterschied ergibt sich durch unterschiedliche Anteile derer, die sagen, die Chancen seien gleich (BW: 73%, D: 75%).

10 Potenzielle Diskriminierung nach Staatsangehörigkeit und ökonomischer Lage

10.1 ERGEBNISSE

In der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs haben Zuwanderer nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen die gleichen Chancen auf Teilhabe und Akzeptanz wie Einheimische. Dabei ist oft nicht eindeutig, ob die vermeintliche Chancenungleichheit unmittelbar durch den Status als Zuwanderer bzw. Ausländer verursacht wird oder durch Merkmale hervorgerufen wird, die bei Zuwanderern häufiger als bei Einheimischen auftreten, wie zum Beispiel Erwerbslosigkeit. Mit Hilfe eines Experiments (siehe Kasten) wurde gezielt der Frage nachgegangen, ob es vor allem die Herkunft oder die Integration in das Arbeitsleben ist, die zu einer möglichen Benachteiligung führen.

FELDEXPERIMENT ZUR DISKRIMINIERUNG

Die Befragten wurden zufällig in sechs Gruppen eingeteilt. Jeder Teilgruppe wurde die gleiche Grundfrage gestellt, doch unterschieden sich jeweils zwei Frageelemente (2x3 Experiment):

Stellen Sie sich vor, Sie haben einen neuen Nachbarn, [A/B]. Dieser Nachbar ist ein [D/T/I]. Wäre Ihnen ein solcher Nachbar sehr angenehm, eher angenehm, eher unangenehm oder sehr unangenehm?

A: der von staatlichen Unterstützungsleistungen lebt.

B: der einer gut bezahlten Arbeit nachgeht.

D: Deutscher

T: Türke

I: Inder

Durch das experimentelle Design hört und beantwortet jede Person lediglich eine Frage. Die gemessenen Antwortunterschiede entstehen so nicht im Vergleich zu einer oder mehreren anderen Fragen bzw. Stimuli (z.B. in Form eines Durchspiels der sechs Varianten).

Kontrastiert werden fiktive deutsche, türkische und indische Nachbarn. Dabei wurde ein Stimulus gewählt, der den Eindruck vermittelt, dass es sich bei den türkischen und indischen Nachbarn um ausländische Staatsangehörige handelt. Türkische Staatsbürger bilden die größte Gruppe unter den Ausländerinnen und Ausländern in Baden-Württemberg. Ein deutscher Staatsbürger ist als Vergleichsgruppe notwendig. Ein Inder wurde deshalb mit aufgenommen, um auch eine möglicherweise wichtige Zuwanderergruppe der Zukunft abzudecken. Indien gehört nach China und vor den USA schon heute zu den drei Hauptherkunftsländern hochqualifizierter Zuwanderer, und die Bedeutung von Indern für den deutschen Arbeitsmarkt wird voraussichtlich weiter zunehmen (SVR 2012: 53-57).

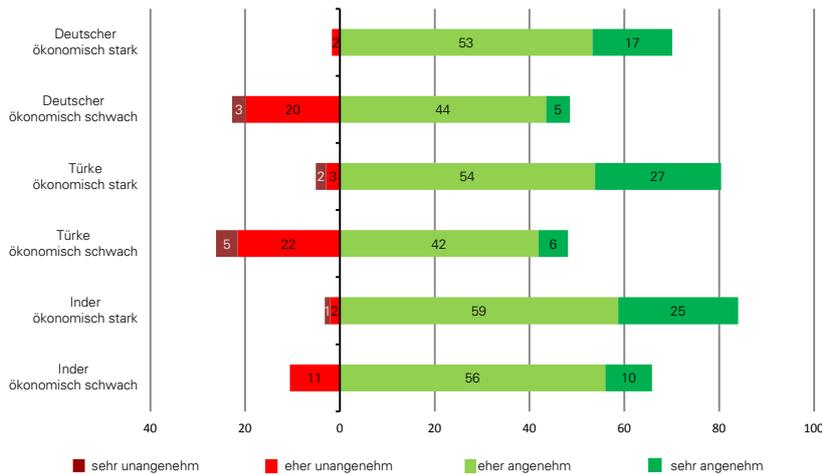
Das Ergebnis des ersten Teils des Experiments fällt wie erwartet aus. Ein Nachbar, der von staatlichen Unterstützungsleistungen lebt, wird häufiger als „unangenehm“ charakterisiert als ein Nachbar, der einer gut bezahlten Arbeit nachgeht. Wie Abbildung 10-1 illustriert, zeigt sich dieser Effekt unabhängig von der zugeschriebenen Herkunft des neuen Nachbarn.

Der zweite Teil des Experiments, die Staatsangehörigkeit des neuen Nachbarn, erbringt überraschende Ergebnisse. Es ist „der Inder“, der von den Befragten am häufigsten und noch vor „dem Deutschen“ als zumindest angenehmer Nachbar eingestuft wird. Und „der Türke“ ist den Bürgerinnen und Bürgern als Nachbar ungefähr so angenehm wie der Deutsche.

Auf den ersten Blick finden sich demnach keine Hinweise auf eine herkunftslandspezifische Diskriminierung in Baden-Württemberg. Es ist vielmehr der ökonomische Status, der insbesondere bei Türken honoriert wird: 70% der Befragten geben an, es sei ihnen angenehm, einen Türken als Nachbarn zu haben, der einer gut bezahlten Arbeit nachgeht. 27% ist ein solcher Türke sogar „sehr angenehm“, ein entsprechender Inder 25% und ein Deutscher lediglich 17%.

Demgegenüber wird der Türke, der von staatlichen Unterstützungsleistungen lebt, auch am häufigsten als unangenehmer Nachbar (27%) charakterisiert. Es folgt ein entsprechender Deutscher (23%) und schließlich der Inder (11%).

Abb. 10-1: Akzeptanz fiktiver deutscher, türkischer oder indischer Nachbarn (in %)



Diese Ergebnisse werfen neue Fragen auf. Denkbar ist, dass die Befragten bei den präsentierten Zuwanderern häufiger sozial erwünschte Antworten geben als beim fiktiven deutschen Nachbarn. Ebenso erscheint es möglich, dass unmittelbare Erfahrungen mit Indern rar sind und stattdessen Klischees (z.B. dasjenige des „Computer-Inders“) abgerufen werden. Eine Überprüfung dieser Plausibilisierungen ist auf der Grundlage dieser Studie allerdings nicht möglich.

Ein eindeutiges Ergebnis des Experiments ist, dass ökonomischer Erfolg und damit Integration von den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs mit höherer Akzeptanz belohnt wird. Dieses Muster ist mit Blick auf Türken deutlich stärker ausgeprägt als im Bezug auf Inder. Eine mögliche Interpretation dieses Ergebnisses ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mehr Türken wünschen, die gut in den Arbeitsmarkt integriert sind. Demnach würden sie der Hoffnung auf Integrationserfolge bei der türkischstämmigen Bevölkerung besonderen Ausdruck geben.

10.2 VERGLEICH ZU DEUTSCHLAND

Das Diskriminierungsexperiment ergibt im Bund im Kern die gleichen Ergebnisse wie in Baden-Württemberg. Abbildung 10-2 ist zu entnehmen, dass die ökonomisch schwächeren Personen als Nachbarn durchweg unbeliebter sind als die ökonomisch starken.

Dieser Haupteffekt lässt sich auch im Rahmen einer multivariaten Analyse bestätigen.³⁴ Darüber hinaus werden sämtliche fiktiven Nachbarn von der baden-württembergischen Bevölkerung als weniger angenehm angesehen als von den Deutschen insgesamt.³⁵ Und der Inder erhält durchweg eine bessere Bewertung als der Deutsche oder der Türke.

In Baden-Württemberg schneidet im multivariaten Modell auch der Türke durchweg etwas besser ab. Und schließlich gibt es in Baden-Württemberg auch einen Bonus bei der Bewertung des ökonomisch schwachen Inders.

Diese Ergebnisse zeigen vor allem eines: Eine besondere Diskriminierung eines fiktiven Nachbarn aufgrund seiner Staatsangehörigkeit lässt sich für Baden-Württemberg nicht nachweisen. Es gibt – im Gegenteil – beim Vergleich mit den Befragten in den anderen Bundesländern sogar Hinweise darauf, dass Türken in Baden-Württemberg auf dem Wohnungsmarkt besser behandelt werden als im Bund. Schließlich be-

³⁴ Es wurden ordinale Regressionen einschließlich der Standardkontrollvariablen (siehe Anhang) durchgeführt. In einem ersten Schritt wurden zusätzlich dazu die Dummy-Variablen ökonomisch schwach, Baden-Württemberg, ostdeutsche Bundesländer, Türke und Inder in das Modell aufgenommen. In weiteren Analyseschritten wurden Interaktionseffekte für Baden-Württemberg und ökonomisch schwach, Inder und Türke hinzugefügt. Schließlich wurden die Interaktionseffekte ökonomisch schwach und Inder bzw. Türke mit eingebaut.

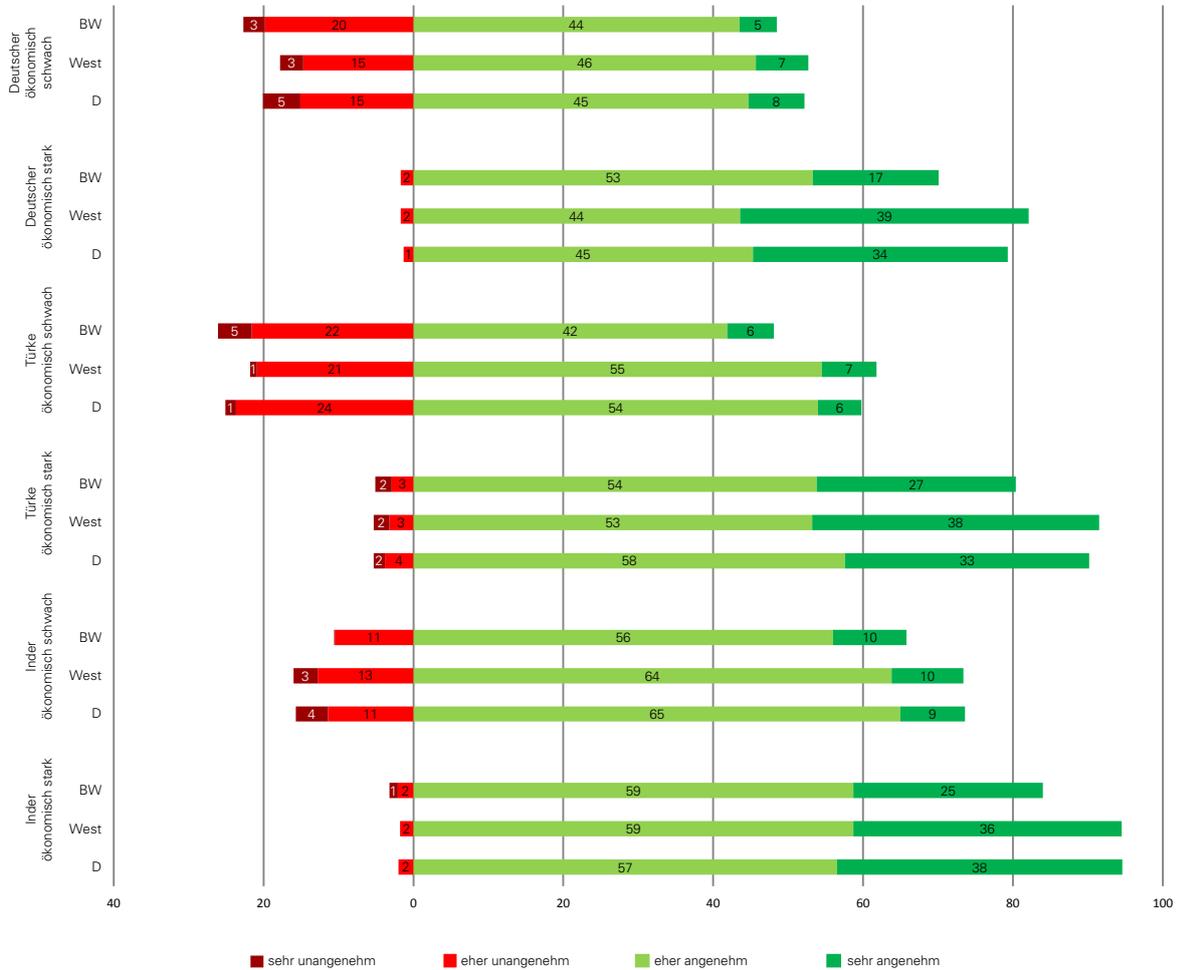
³⁵ Dieser negative Effekt zeigt sich auch für die Befragten in den fünf ostdeutschen Bundesländern zusammengenommen.

Gelebte Vielfalt

stätigt sich auch in der feinkörnigen Analyse, dass ein Inder, der von staatlichen Unterstützungsleistungen lebt, in Baden-Württemberg wohl einen besseren

Stand auf dem Wohnungsmarkt hätte als in Deutschland insgesamt.

Abb. 10-2: Akzeptanz fiktiver deutscher, türkischer oder indischer Nachbarn nach Befragungsgebiet (in %)

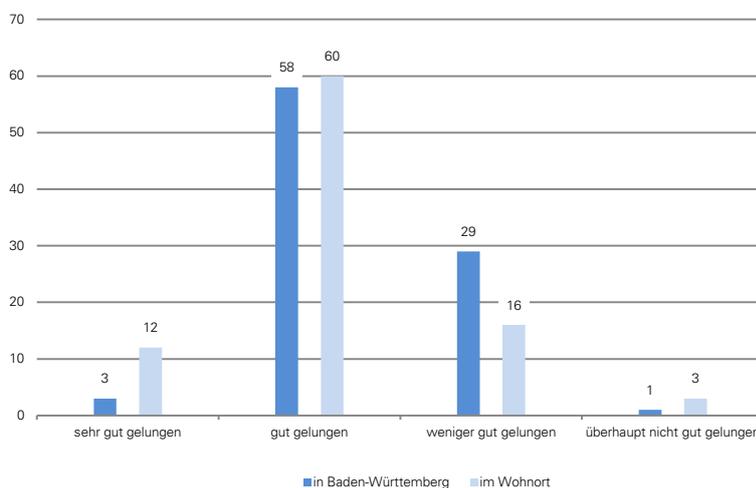


11 Zum Stand der Integration in Baden-Württemberg

11.1 ERGEBNISSE

Dass die Integration von Zuwanderern in Baden-Württemberg gut gelungen ist, meinen 61% der Bürgerinnen und Bürger. Weniger als ein Drittel gibt an, die Integration sei nicht gut gelungen. Dabei ist interessant, dass nur 3% der Ansicht sind, dass die Integration „sehr gut“ gelungen ist und 1% meint, dass die Integration „überhaupt nicht gelungen“ ist (Abbildung 11-1). Immerhin 8% trauen sich nicht zu, eine allgemeine Bewertung abzugeben.

Abb. 11-1: Bewertung der Integration in Baden-Württemberg und am Wohnort (in %)



Im eigenen Wohnort fällt das Fazit etwas positiver aus: 12% sagen, die Integration sei hier „sehr gut“ gelungen, 60% „gut“, 16% „weniger gut“ und 3% „überhaupt nicht gelungen“. Zumindest aus Binnenperspektive braucht Baden-Württemberg auch den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen: 39% meinen, die Integration sei „in Baden-Württemberg besser gelungen“, 41% sehen „keinen Unterschied“ und lediglich 3% geben an, die Integration im Land sei „schlechter gelungen“.

Unter Jugendlichen ist der Anteil der Zuwanderer deutlich höher als unter Erwachsenen. Und die Zukunft der Integration hängt ganz entscheidend davon ab, ob es gelingt, Zuwanderer frühzeitig in die Gesellschaft zu integrieren. Daher wurde auch nach der Integration der beiden größten Gruppen mit Migrati-

onshintergrund gefragt: Jugendliche aus Russland und aus der Türkei.

Hier gibt es nach Ansicht der Befragten größere Integrationsdefizite. 44% der Baden-Württemberger meinen, dass die Integration von Jugendlichen aus der Türkei „weniger gut“ (39%) oder „überhaupt nicht“ (5%) gelungen ist. Eine knappe relative Mehrheit (49%) ist der Ansicht, die Integration sei gelungen. Bei jugendlichen Aussiedlern aus Russland sehen demgegenüber 62% Integrationsdefizite: 51% meinen, die Integration sei „weniger gut“ und 11%, sie sei „überhaupt nicht“ gelungen. Nur 29% sprechen von einer gelungenen Integration der jugendlichen Russlanddeutschen.

11.2 ANALYSE

Die beiden Fragen danach, ob die Integration am Wohnort und in Baden-Württemberg gelungen ist, ermöglichen eine relative Einschätzung der Lage der Integration am Wohnort. Hierzu wurde die Differenz der Bewertung am Wohnort zur Bewertung im Land gebildet: Es ergibt sich eine Skala von -3 bis +3.³⁶ So bedeutet beispielsweise der Wert -3, dass aus Sicht eines Befragten die Integration am Wohnort „überhaupt nicht gut“ gelungen, in Baden-Württemberg jedoch „sehr gut“ gelungen ist. Der Wert 0 bedeutet, dass die Integration im Wohnort und im Land jeweils gleich bewertet wurde. Der Wert +3 bedeutet somit, dass die Integration am Wohnort als „sehr gut“ und im Land „überhaupt nicht“ gelungen ist. Der Mittelwert beträgt +0,20 und spiegelt die bessere Bewertung des eigenen Wohnorts im Vergleich zum Bundesland wider.

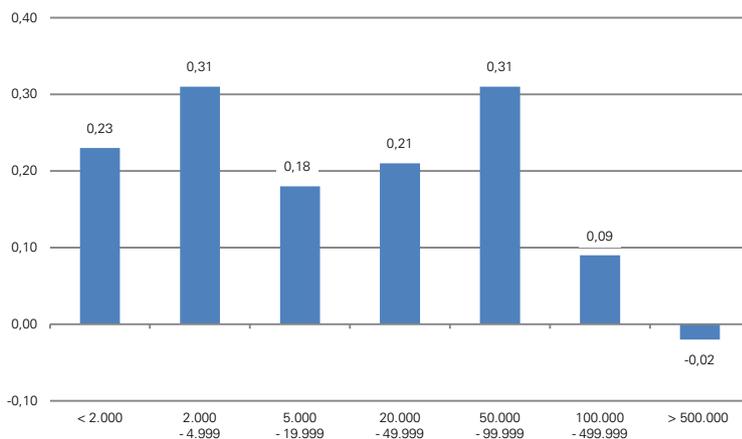
In Abbildung 11-2 wird die Bewertungsdifferenz nach Ortsgröße ausgewiesen. Es zeigt sich, dass die Integration am Wohnort nur in der Landeshauptstadt etwas

³⁶ Der Wert -3 kommt in der Praxis allerdings nicht vor.

negativer bewertet wird als die Integration im Land. Aber auch die Befragten in den anderen Großstädten sind vergleichsweise unzufriedener mit der Integration vor Ort als die Befragten in den Städten und Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern.

Die Befragten mit Migrationshintergrund sehen die lokale Integration kritischer (+0,11) als die Befragten ohne Migrationshintergrund (+0,22). Eine negativere Sicht ergibt sich auch bei den Alleinstehenden (+0,12) und den Männern (+0,15). Ob es Zuwanderer im eigenen Umfeld gibt³⁷ oder ob das Haushaltseinkommen niedrig oder hoch ausfällt (als möglicher Indikator für eine gehobene Wohngegend) spielt interessanterweise keine Rolle bei der relativen Bewertung der Integration vor Ort.

Abb. 11-2: Bewertungsdifferenz der Integration zwischen Baden-Württemberg und am Wohnort nach Ortsgröße (Skalenmittelwerte)



Mit Blick auf die Integration Jugendlicher unterschiedlicher Herkunft zeigen sich leicht abweichende Einflüsse auf die jeweiligen Bewertungen. Überdurchschnittlich viele Befragte mit Hauptschulabschluss äußern sich kritisch über die Integration junger Deutschstämmiger aus Russland (66% „weniger gut“ oder „überhaupt nicht“ gelungen). Hinsichtlich der türkischstämmigen Jugendlichen kommen die kritischen Bewertungen dagegen eher von den Befragten

mit Studienabschluss (46%) als mit Hauptschulabschluss (43%).

Befragte mit Migrationshintergrund beurteilen die Integration von türkischstämmigen Jugendlichen nicht anders als Befragte ohne Migrationshintergrund. Sie sind jedoch signifikant seltener (53%) der Ansicht, dass die Integration der jugendlichen Aussiedler aus Russland nicht gelungen ist. Dieser Effekt ist allerdings das Ergebnis der deutlich positiveren Beurteilungen der Befragten mit Migrationshintergrund aus einem Aussiedlerland: Lediglich 40% von ihnen meinen, dass die Integration der jugendlichen Aussiedler aus Russland nicht gelungen ist.³⁸

Darüber hinaus wird die Integration beider Gruppen auf dem Land am schlechtesten beurteilt (72% bzw. 64% nicht gelungen). Bei den jugendlichen Russlanddeutschen bleibt der Anteil kritischer Bewertungen auch in den Landstädten (unter 5.000 Einwohnern) noch hoch (65%), während er bei den türkischstämmigen Jugendlichen dort sogar unterdurchschnittlich ausfällt (37%).

³⁷ Auch durch Prüfung der Interaktion zwischen Ortsgröße und der Anzahl von Zuwanderern im eigenen Umfeld konnte kein signifikanter Einfluss des Umfelds in Ergänzung zur Ortsgröße festgestellt werden.

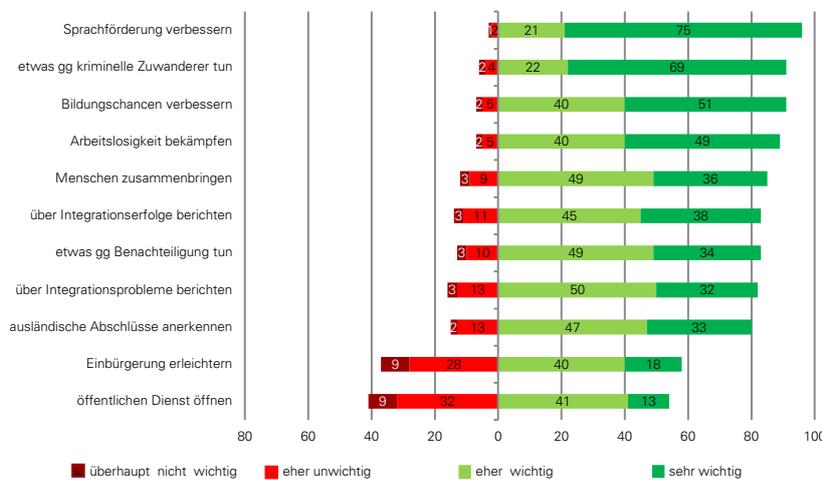
³⁸ Demgegenüber beurteilen die Befragten mit Migrationshintergrund aus einem Anwerbeland die Integration der türkeistämmigen Jugendlichen nur leicht positiver (54% gelungen, 41% nicht gelungen).

12 Die Bedeutung unterschiedlicher Integrationsmaßnahmen

12.1 ERGEBNISSE

Die Politik kann unterschiedliche Maßnahmen ergreifen, um die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern zu verbessern. Diese reichen von der Veränderung rechtlicher Rahmenbedingungen über spezielle Fördermaßnahmen bis zur Eröffnung von Gelegenheiten, damit Einheimische und Zuwanderer miteinander ins Gespräch kommen.

Abb. 12-1: Bewertung von Integrationsmaßnahmen (in %)



Nahezu unumstritten ist die große Bedeutung, die der Sprachförderung für die Integration zugeschrieben wird. Wie Abbildung 12-1 zeigt, halten 96% der Bürgerinnen und Bürger die Verbesserung der Sprachförderung für wichtig, allein 75% für „sehr wichtig“. Einen beinahe so hohen Stellenwert wie die Sprachförderung hat die Kriminalitätsbekämpfung: 92% der Befragten meinen, die Politik sollte mehr gegen kriminelle Zuwanderer tun, wobei 69% solche Maßnahmen für „sehr wichtig“ erachten. Es folgen die Verbesserung von Bildungschancen und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit unter Zuwanderern.

Zuwanderer und Einheimische häufiger zusammenzubringen ist aus Sicht der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger eine sinnvolle Integrationsmaßnahme. Neben dem „Miteinander reden“ spielt für die Integration aber auch die Berichterstattung (der Medien) eine Rolle. Dass dabei sowohl über Integrati-

onserfolge als auch über Integrationsprobleme berichtet werden sollte, kann durchaus als Wunsch nach einer möglichst objektiven Berichterstattung interpretiert werden.

Aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger sind auch der Abbau von Diskriminierung und die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse wichtige Integrationsmaßnahmen. Deutlich dahinter rangieren Einbürgerungserleichterungen und die Erhöhung des Anteils von Zuwanderern im öffentlichen Dienst. Doch auch diese beiden Maßnahmen werden von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger als wichtig erachtet, und jeweils weniger als 10% sind der Meinung, diese Maßnahmen seien „überhaupt nicht wichtig“ für die Integration.

12.2 ANALYSE

Die wichtigsten soziodemografischen Einflussfaktoren auf Unterschiede im Antwortverhalten hinsichtlich verschiedener Integrationsmaßnahmen sind Geschlecht, Bildung und Migrationshintergrund; punktuell haben auch das Alter und die Erwerbstätigkeit Einfluss auf die Antworten.

Frauen erachten sämtliche Integrationsmaßnahmen, die im Rahmen des Interviews vorgeschlagen wurden, für wichtiger als Männer. Vor allem betrifft dies die Berichterstattung über Integrationserfolge, die 44% der Frauen, aber nur 32% der Männer für sehr wichtig halten. Aber auch das Zusammenbringen von Zuwanderern und Einheimischen (40% zu 32% „sehr wichtig“), die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse (36% zu 30%) und die Erhöhung des Anteils von Zuwanderern im öffentlichen Dienst (16% zu 10%) wird von Frauen sehr viel häufiger als „sehr wichtig“ erachtet als von Männern. Einzig die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter Zuwanderern

halten Frauen nicht signifikant häufiger für „sehr wichtig“ als die Männer.

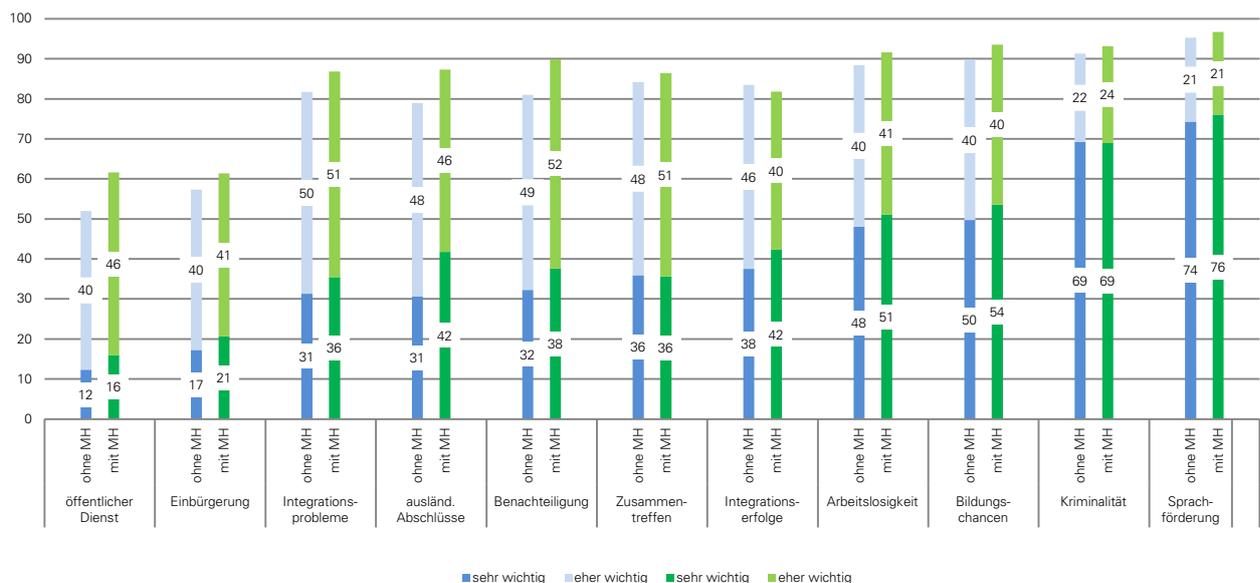
Befragte mit Migrationshintergrund halten insgesamt acht der elf vorgeschlagenen Maßnahmen für wichtiger als Befragte ohne Migrationshintergrund (Abbildung 12-2). Dies betrifft vor allem die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse, die 42% der Befragten mit, aber nur 31% der Befragten ohne Migrationshintergrund für „sehr wichtig“ erachten. Maßnahmen gegen Diskriminierung (38% zu 32%) und die Erhöhung der Zuwanderer im öffentlichen Dienst (16% zu 10%) sind ebenfalls sehr wichtige Maßnahmen aus der Sicht der Befragten mit Migrationshintergrund. Keine signifikanten Einflüsse hat der Migrationshintergrund auf die Antworten bei den Maßnahmen Sprachförderung, Kriminalitätsbekämpfung und dem Zusammenbringen von Zuwanderern und Einheimischen.

Ebenfalls bei acht der elf vorgeschlagenen Maßnahmen sind Bildungseffekte nachweisbar, die jedoch alles in allem geringer ausfallen. So sind die formal Hochgebildeten häufiger der Ansicht, dass die Sprachförderung (81% „sehr wichtig“, Hauptschule: 71%), aber auch, dass die Bildungschancen verbessert wer-

den sollten (57% zu 46%). Darüber hinaus gibt es etwas mehr Zustimmung der formal Hochgebildeten zur stärkeren Öffnung des öffentlichen Dienstes für Zuwanderer. Ein umgekehrter und sehr starker Bildungseffekt ist bei der Frage nach Maßnahmen gegen kriminelle Zuwanderer feststellbar: Lediglich 54% der Befragten mit Hochschulabschluss halten solche Maßnahmen für sehr wichtig, doch 76% der Befragten mit Hauptschulabschluss.

Merkliche Unterschiede nach Alter bestehen bei Einbürgerungserleichterungen und dem Berichten über Integrationsprobleme. So sind es vor allem die älteren Baden-Württemberger, die Einbürgerungserleichterungen für wichtig halten. Unter den 65- bis 79-Jährigen sind es 64%, unter den über 80-Jährigen sogar 70%. Die jüngste Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen hält diese Maßnahme deutlich seltener für wichtig (58%). Dafür halten die jungen Erwachsenen die Berichterstattung über Integrationsprobleme für wichtiger (85%) als nachfolgende Alterskohorten. Deutlich geringer ist dieser Anteil aber nur unter den über 80-Jährigen (71%).

Abbildung 12-2: Bewertung von Integrationsmaßnahmen nach Migrationshintergrund (in %)



Ein Unterschied nach Erwerbstätigkeit besteht nur hinsichtlich der Öffnung des öffentlichen Dienstes für Zuwanderer. Erwerbstätige halten eine solche Öffnung häufiger für unwichtig (43%) als Befragte, die nicht erwerbstätig sind (37%). Dabei sind es vor allem die erwerbstätigen Arbeiter (47%) und Angestellten (44%), die eine Öffnung des öffentlichen Dienstes für unwichtig erachten, und deutlich seltener die erwerbstätigen Beamten (32%).

Bezüglich der Haltung zu etlichen Maßnahmen lassen sich auch Einflüsse des Kontexts feststellen. Einige Maßnahmen erhalten sowohl in den Großstädten, insbesondere in Stuttgart, als auch in den kleineren Gemeinden und dort vor allem auf dem Land mehr Zustimmung als in den Städten und Gemeinden mittlerer Größe. Dies betrifft das Berichten über Integrationsprobleme, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Sprachförderung und die Öffnung des öffentlichen Dienstes für Zuwanderer. Die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse ist dagegen primär in den Großstädten (85%) ein wichtigeres Thema als im Land insgesamt.

Der Landesteil, in dem die Befragten wohnen, macht ebenfalls einen Unterschied im Hinblick auf die Bedeutung, die einigen Maßnahmen zugemessen wird.

In Baden wird vor allem den Erleichterungen bei der Einbürgerung (60%), aber auch dem Berichten über Integrationserfolge (86%), dem Zusammenbringen von Zuwanderern und Einheimischen (85%) und dem Abbau von Benachteiligungen (83%) ein etwas höherer Stellenwert beigemessen als in Württemberg.

Geht man noch einen Schritt weiter und blickt auf Personen, die häufig mit Zuwanderern in Kontakt kommen, dann halten diese fast alle Maßnahmen für wichtiger als Personen, die keinen Kontakt zu Zuwanderern haben. Allerdings werden Maßnahmen gegen kriminelle Zuwanderer von jenen Personen als weniger wichtig erachtet. Mit Blick auf das Berichten über Probleme, Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Einbürgerungserleichterungen gibt es keine signifikanten Unterschiede danach, ob Kontakte zu Zuwanderern bestehen oder nicht.

Abschließend wird die Wichtigkeit, die die Befragten jeder Maßnahme beimessen, danach untersucht, ob sie meinen, der Staat tue genug oder nicht genug für die Integration. Wie Abbildung 12-3 zeigt, ergibt sich durch diese Betrachtung noch einmal ein leicht modifiziertes Bild.

Abbildung 12-3: Bewertung von Integrationsmaßnahmen nach Beurteilung staatlicher Aktivität (in %)

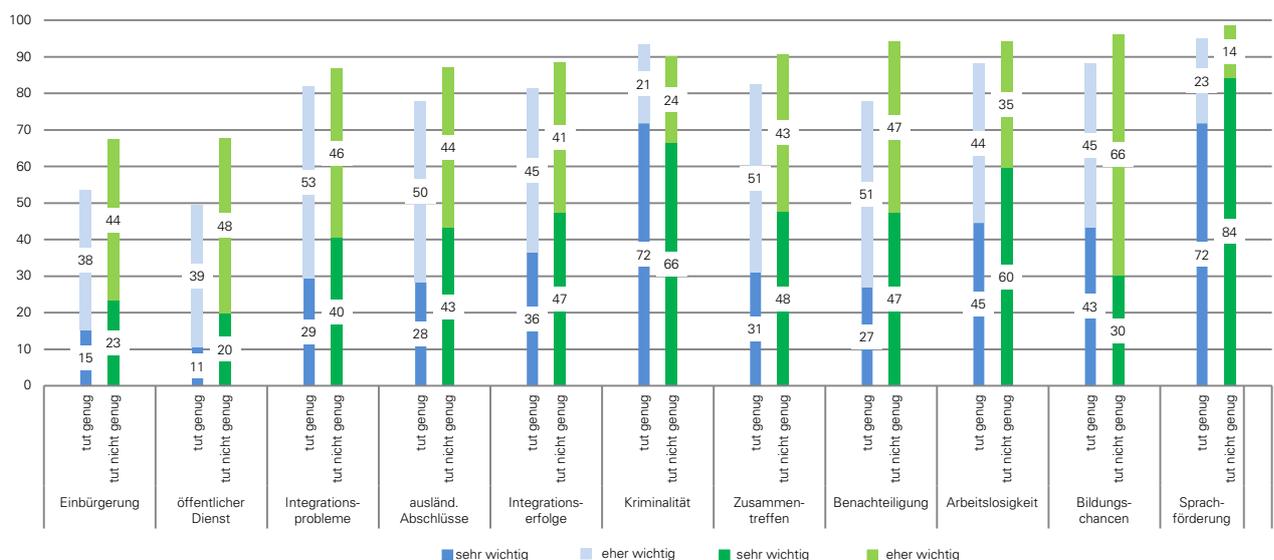
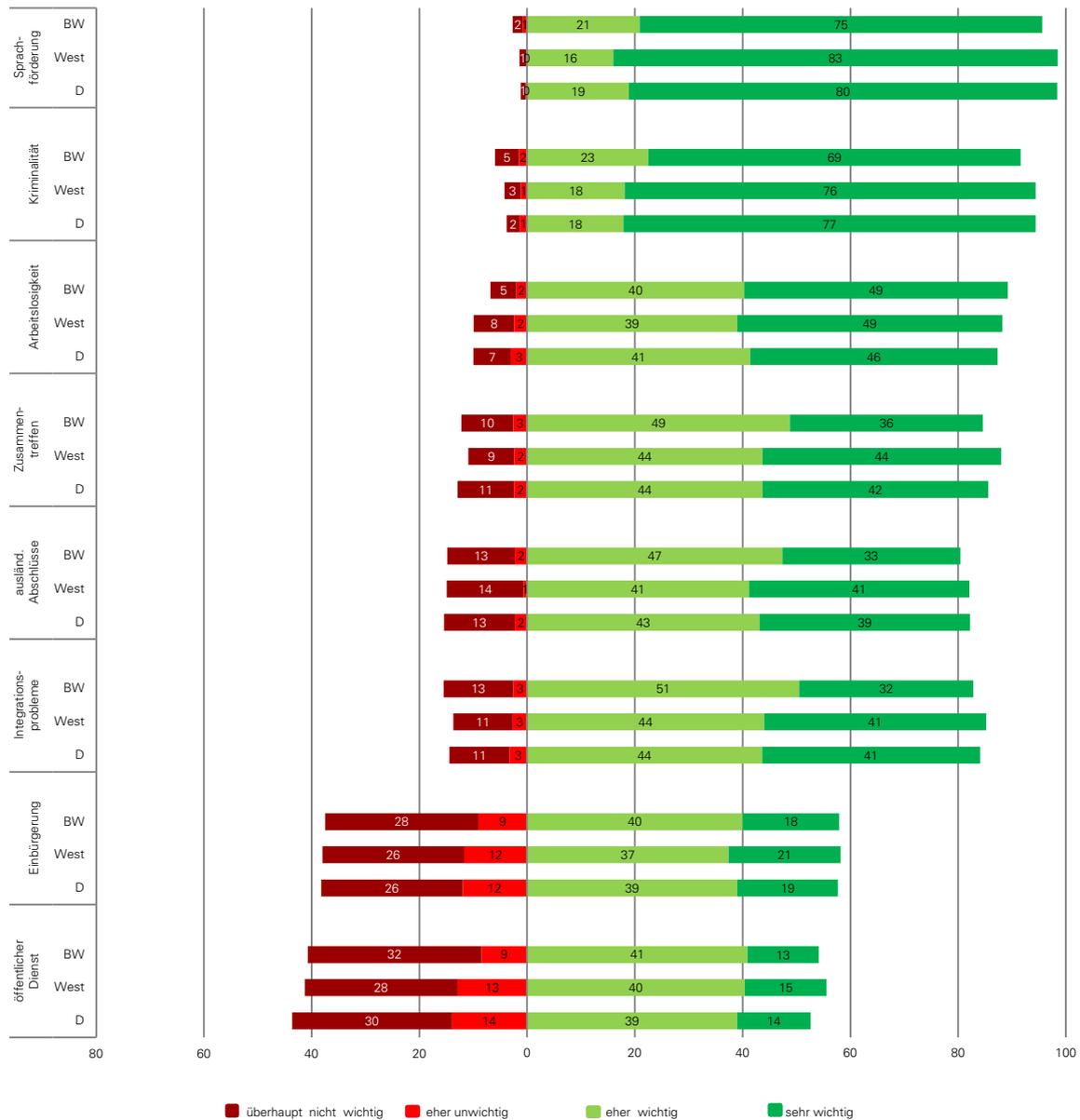


Abbildung 12-4: Bewertung von Integrationsmaßnahmen nach Befragungsgebiet (in %)



Mit Ausnahme der Kriminalitätsbekämpfung gewinnen dann alle Maßnahmen an Bedeutung, vor allem aber der Abbau von Benachteiligungen, die Öffnung des öffentlichen Dienstes und Einbürgerungserleichterungen. Vergleicht man die Rangfolge der Maßnahmen, dann klettert der Abbau von Benachteiligungen von Platz 7 in der Bevölkerung insgesamt auf Platz 4 bei denjenigen, die sagen, der Staat tue nicht genug für Integration. Die Kriminalitätsbekämpfung sinkt demgegenüber beträchtlich vom zweiten auf den sechsten Platz. Bei allen anderen Maßnahmen ver-

schiebt sich die Position um maximal jeweils einen Platz.

12.3 VERGLEICH ZU DEUTSCHLAND

Vergleicht man die Bedeutung, die Befragte den unterschiedlichen Integrationsmaßnahmen in Baden-Württemberg, im Westen der Republik und in Deutschland insgesamt zuschreiben (Abbildung 12-4), dann ist die Haupteckenerkenntnis, dass es keine nennenswerten Unterschiede gibt. Die statistisch signifikanten

Ergebnisunterschiede finden sich zumeist im Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung einer Maßnahme.

Mit Ausnahme der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die in Baden-Württemberg genauso wie in den anderen westlichen Bundesländern für sehr wichtig erachtet wird, sagen stets weniger Bürgerinnen und Bürger, dass eine Maßnahme sehr wichtig ist. Und es ist wiederum die Arbeitslosigkeit, deren Bekämpfung von den Baden-Württembergern auch insgesamt als wichtiger eingestuft wird als im Westen oder in Deutschland insgesamt.

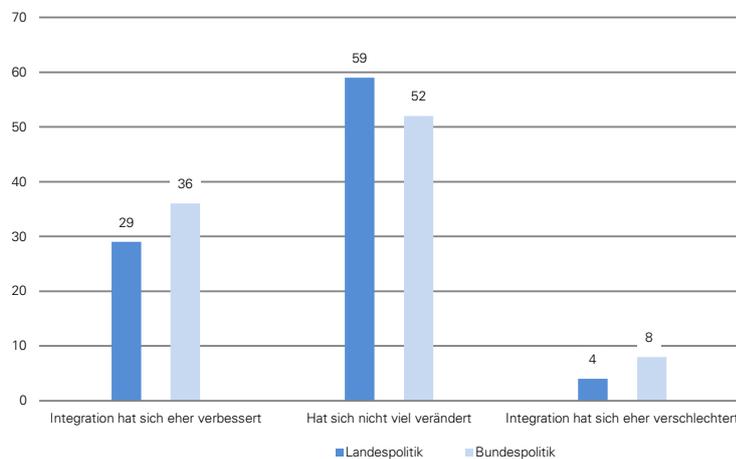
Demgegenüber sagen die Baden-Württemberger seltener als die Befragten in den anderen Bundesländern, dass die Sprachförderung, die Kriminalitätsbekämpfung und das Berichten über Integrationsprobleme wichtig sei. Alles in allem deutet der Gebietsvergleich darauf hin, dass die Bevölkerung Baden-Württembergs – zumindest bei den vorgeschlagenen Maßnahmen – insgesamt etwas weniger Handlungsbedarf sieht als die Bevölkerung im restlichen Bundesgebiet.

13 Integrationspolitik

13.1 ERGEBNISSE

Deutschland tat sich lange Zeit schwer, anzuerkennen, dass durch Zuwanderung eine „Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland“ (Klaus J. Bade) entstanden ist. Noch Anfang der 1980er-Jahre setzte man eher auf Rückkehrprämien als auf Integrationsmaßnahmen. Erst seit dem 21. Jahrhundert erfährt die Integrationspolitik eine breite Akzeptanz.

Abb. 13-1: Einschätzung der Integrationspolitik des Landes und des Bundes der letzten fünf Jahre (in %)



Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger sollten Integrationsfragen vor allem auf der kommunalen Ebene behandelt werden. Rund die Hälfte (49%) der Baden-Württemberger meint, Städte und Gemeinden seien die geeignete politische Ebene, um Integrationsfragen zu behandeln. An zweiter Stelle kommt der Bund (16%), gefolgt von den Bundesländern und der Europäischen Union (jeweils 14%). Integration ist demnach vor allem eine kommunale Aufgabe, die allerdings vom politischen Handeln auf höheren politischen Ebenen flankiert wird.

Auf die Politik zur Integration von Zuwanderern seit Gründung der Bundesrepublik angesprochen, meinen lediglich 7% der Baden-Württemberger, es sei „im Großen und Ganzen alles richtig gemacht“ worden.

Gut die Hälfte (55%) attestiert der Integrationspolitik retrospektiv „wenige Fehler“, 30% sprechen von „schwerwiegenden Fehlern“ und 2% meinen, man habe „fast alles falsch gemacht“. Auch in den letzten fünf Jahren hat sich bei der Integration von Zuwanderern durch die Bundespolitik aus der Sicht der Mehrheit der Bevölkerung „nicht viel verändert“ (52%). Ein gutes Drittel (36%) nimmt Verbesserungen wahr, 8% Verschlechterungen.

Die Landespolitik wird etwas kritischer beurteilt, obwohl auch etwas mehr Bürgerinnen und Bürger (7%) die Integrationspolitik des Landes nicht einschätzen können als diejenige des Bundes (4%). Mehr Baden-Württemberger sind mit Blick auf die Landespolitik der Ansicht, bei der Integration von Zuwanderern habe sich in den vergangenen fünf Jahren „nicht viel verändert“ (59%). Und ein geringerer Bevölkerungsanteil nimmt Verbesserungen wahr (29%). Verschlechterungen attestiert der Landespolitik mit 4% ein etwas geringerer Anteil der Baden-Württemberger. Und nur ein Teil der Bevölkerung (39%) erwartet in den kommenden fünf Jahren eher Verbesserungen der Integration von Zuwanderern im Land. Gut die Hälfte (52%) geht davon aus, dass sich „nicht viel ändern“ wird, und 5% rechnen eher mit einer Verschlechterung.

13.2 ANALYSE

Dass die Integration vorrangig in den Städten und Gemeinden behandelt werden soll, wird von sämtlichen gesellschaftlichen Gruppen und in allen untersuchten Kontexten geteilt. Mit zunehmendem Alter nimmt diese Präferenz zu: Unter den 18- bis 24-Jährigen sind es 35%, unter den 65- bis 79-Jährigen

58%.³⁹ Frauen (51%), formal Hochgebildete (64%) und Befragte in Großstädten (55%) sehen ebenfalls die Kommunen stärker in der Pflicht. Männer, Jüngere und formal niedrig Gebildete sind etwas häufiger als der Bevölkerungsdurchschnitt der Ansicht, dass das Thema Integration auf den politischen Ebenen Bund bzw. Bundesländer behandelt werden sollte.

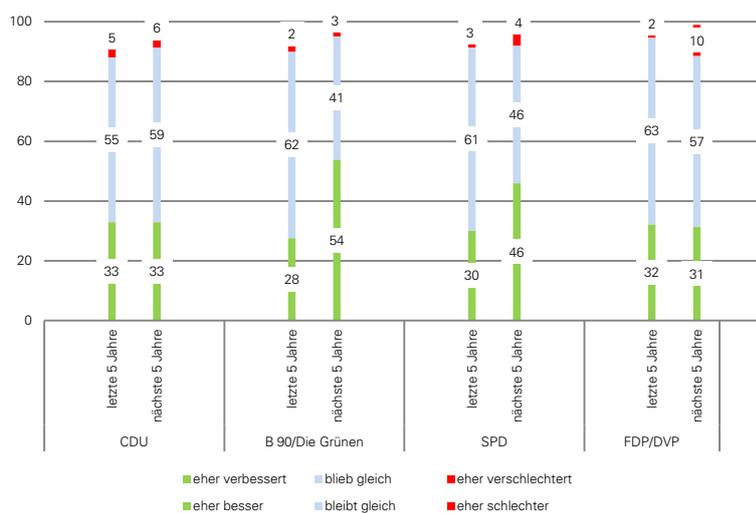
Bei der Frage danach, wie gut oder schlecht die Integrationspolitik Deutschlands seit der Staatsgründung war, gibt es einige bemerkenswerte Ergebnisse. Dass 86% der Befragten ab 80 Jahren der Ansicht sind, man habe bestenfalls wenige Fehler gemacht, ist nicht überraschend. Doch teilen auch zwei Drittel (66%) der Wahlberechtigten unter 25 Jahren diese Ansicht. In den Altersgruppen dazwischen sind die Befragten kritischer, vor allem die 25- bis 34-Jährigen, unter denen diese Ansicht nur 56% teilen.

Die Befragten mit Migrationshintergrund sind signifikant häufiger der Meinung, dass die Politik im Großen und Ganzen alles richtig gemacht hat (11%) – interessanterweise die Befragten aus Anwerbeländern⁴⁰ noch etwas stärker (17%). Auch dass schwerwiegende

Fehler (25%) oder dass fast alles falsch gemacht (2%) worden sei, wird von den Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund seltener gesagt.

Bezüglich der retrospektiven und prospektiven Sicht auf die Integrationspolitik der Landesregierung fallen weniger soziodemografische und kontextuelle Unterschiede auf, sondern Differenzen nach parteipolitischer Präferenz. Auch hier gibt es interessante Ergebnisse (Abbildung 13-2): Zum einen hat die unterschiedliche Wahlentscheidung bei der Landtagswahl 2011 kaum Einfluss auf die neutrale bis leicht positive Beurteilung der Integrationspolitik des Landes in den vergangenen fünf Jahren. Zum anderen sind die Erwartungen an die Integrationspolitik der Landesregierung durch die Wählerinnen und Wähler von Bündnis90/Die Grünen und SPD ein Mandat dafür, die Integrationsanstrengungen zu verstärken. 54% der Grünen-Wählerinnen und -Wähler und 46% der SPD-Wählerinnen und -Wähler erwarten Verbesserungen. Dies trifft lediglich auf 33% der Wählerinnen und Wähler der CDU sowie 31% derjenigen der FDP/DVP zu.

Abb. 13-2: Bewertung der Integrationspolitik des Landes in den letzten und kommenden fünf Jahren nach der Wahlentscheidung 2011 (in %)



³⁹ Bei den über 80-Jährigen sinkt dieser Wert zwar wieder auf 48%, doch steigt parallel dazu auch der Anteil derer, die keine Antwort geben wollen oder können, auf 13% (18 bis 24 und 65 bis 79 Jahre: 6%).

⁴⁰ Hierzu wurden die befragten Zuwanderer aus Italien, Griechenland, dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei, Spanien und Portugal gerechnet.

14 Integrationsministerium

14.1 ERGEBNISSE

Die Landesregierung aus Bündnis 90/Die Grünen und SPD hat mit Beginn der 15. Legislaturperiode (2011) ein eigenes Ministerium für Integration geschaffen. Um für die Belange der Zuwanderer im Land politisch effektiv handeln zu können, sollte es von der Bevölkerung wahrgenommen werden und damit der naheliegende Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger im Themenbereich Integration sein.

Immerhin knapp die Hälfte (45%) der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs sagt, dass es im Land ein eigenes Ministerium für Integration gibt. Lediglich 14% meinen, dass ein solches Ministerium nicht existiert. Allerdings wissen 41% nicht, ob es in Baden-Württemberg ein Integrationsministerium gibt. Es ist daher notwendig, die Arbeit des Ministeriums der Bevölkerung näher zu bringen.

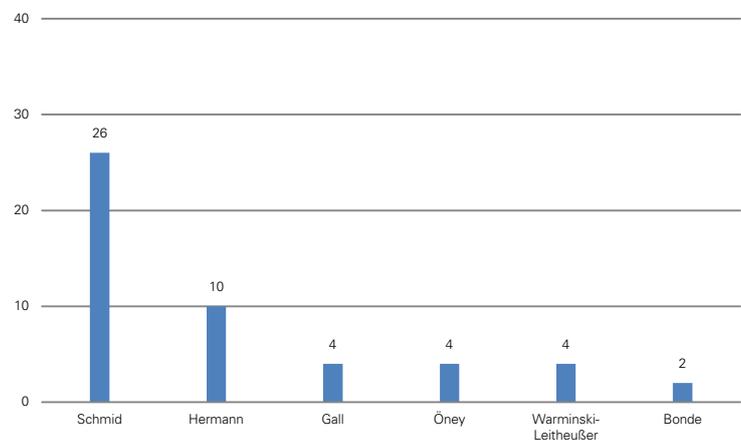
Die Ministerin für Integration kann hierzu einen besonderen Beitrag leisten. Ein Indikator für die Rolle der Ministerin ist ihr Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung. Die Bürgerinnen und Bürger wurden daher gebeten, Ministerinnen und Minister der Landesregierung mit Namen zu nennen. Diese Frage ist vergleichsweise anspruchsvoll, denn sie verlangt von den Befragten, sich zumindest an die Nachnamen zu erinnern und diese eigenständig zu nennen. Hätte man Namen vorgegeben, so wären die Anteile für sämtliche Ministerinnen und Minister voraussichtlich höher ausgefallen.⁴¹

Obwohl nicht nach dem Ministerpräsidenten, sondern nach den Ministerinnen und Ministern der von ihm geführten Landesregierung gefragt wurde, nennt die Hälfte der Baden-Württemberger Winfried Kretschmann (50%). Nur jeder dritte Baden-Württember-

ger nennt mindestens eine Ministerin oder einen Minister. Den höchsten Bekanntheitsgrad hat der Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid (26%). Ihm folgt Verkehrsminister Winfried Hermann (10%).

Mit jeweils 4% erreichen Innenminister Reinhold Gall, Integrationsministerin Bilkay Öney sowie Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer (in dieser Reihenfolge entsprechend der Anzahl der Nennungen) vergleichsweise hohe Bekanntheitsgrade. Etwas hinter diesem Trio rangiert Landwirtschaftsminister Alexander Bonde (2%). Alle anderen Ministerinnen und Minister nennen weniger als 1% der Bürgerinnen und Bürger von sich aus mit Namen. Die Ministerin für Integration ist die bekannteste Ministerin der Landesregierung. Ihr Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung trägt zu einer stärkeren Wahrnehmung des gesamten Ministeriums bei.⁴²

Abb. 14-1: Namentliche Nennung von Ministerinnen und Ministern der aktuellen Landesregierung (in %)



14.2 ANALYSE

Verschiedene Befragtengruppen wissen signifikant seltener, dass es ein Integrationsministerium gibt. So ist der Anteil der „weiß nicht“-Antworten unter Frau-

⁴¹ Vgl. z.B. den BayernTREND vom 2/3.1.2012.

⁴² Von denjenigen, die Bilkay Öney nennen, sind sich 89% auch sicher, dass es in Baden-Württemberg ein Ministerium für Integration gibt.

en (46%) höher als unter Männern (36%). Von den jüngeren Befragten unter 35 Jahren können über 40% keine Antwort geben, bei den Befragten ab 80 Jahren sind es sogar 55%. Und über die Hälfte (51%) der Befragten mit Migrationshintergrund weiß nicht, dass es das Ministerium für Integration gibt; unter Befragten, die aus einem Aussiedlerland stammen, ist dieser Anteil mit 59% noch einmal höher als bei Befragten mit der Herkunft aus einem ehemaligen Anwerbeland für Arbeitsmigranten (50%).

Mit Ausnahme des deutlich geringeren Unbekanntheitsgrades des Integrationsministeriums in der Landeshauptstadt (33%) und einem tendenziell höheren Unbekanntheitsgrad in kleineren Gemeinden gibt es keine großen Stadt-Land-Unterschiede. Beim regionalen Vergleich ist allerdings festzustellen, dass es überdurchschnittlich viele Befragte im Regierungsbezirk Karlsruhe gibt, die nicht wissen, dass ein Ministerium für Integration eingerichtet wurde (48%).

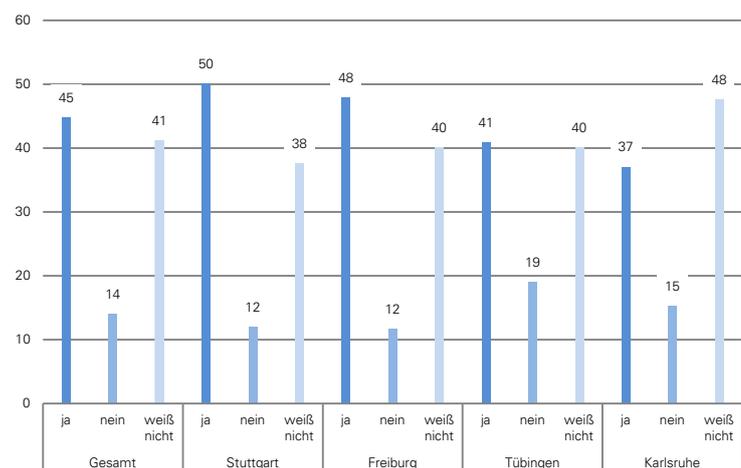
Unterschiede nach der Wahlentscheidung bei der letzten Landtagswahl sind ebenfalls vorhanden. So sind sich jeweils über die Hälfte der Wählerinnen und Wählern von Bündnis90/DieGrünen (52%) und SPD (51%) sicher, dass es ein Integrationsministerium gibt. Unter den Wählerinnen und Wählern von CDU (47%) und FDP/DVP (42%) ist dieser Anteil signifikant niedriger. Überdurchschnittlich viele Wählerinnen und Wähler der FDP/DVP (23%) sagen dagegen, es gebe kein Integrationsministerium.

Ob die Befragten Ministerinnen oder Minister der Landesregierung nennen können, hängt wiederum von mehreren Faktoren ab. Männer nennen häufiger zumindest eine Ministerin oder einen Minister (39%) als Frauen (26%). Die Älteren wissen ebenfalls mehr (65- bis 79-Jährige: 41%) als die über 80-Jährigen (19%) oder die jüngste Alterskohorte (13%). Und die Mehrheit der Befragten mit Hochschulabschluss (53%) kann zumindest einen Minister bzw. eine Mi-

nisterin nennen. Demgegenüber sind es unter den Menschen mit Migrationshintergrund lediglich 19%. Über die individuelle Ebene hinaus gibt es Kontexteffekte: Württemberger kennen häufiger zumindest eine Ministerin oder einen Minister (35%) als Badener (30%). Und dieser Unterschied beruht nicht nur auf den vergleichsweise hohen Bekanntheitsgraden in der Landeshauptstadt Stuttgart (52%).

Vergleicht man diese generellen Einflussfaktoren auf das landespolitische Wissen in Form der Kenntnis der Namen von Ministerinnen und Ministern der Landesregierung, dann fällt die Integrationsministerin aus diesem allgemeinen Schema nicht heraus. Befragte mit Migrationshintergrund nennen sie seltener (1%) als andere Ministerinnen und Minister, doch trifft dies beispielsweise auch auf den Finanz- und Wirtschaftsminister (15%) zu. Einen höheren Bekanntheitsgrad unter Befragten mit Migrationshintergrund hat lediglich der Innenminister (5%). Den Minister für Verkehr und Infrastruktur nennen 8% und die Kultusministerin 2%. Alle anderen Ministerinnen und Minister werden von weniger als 1% der Befragten mit Migrationshintergrund genannt.

Abb. 14-2: Bekanntheit des Integrationsministeriums nach Befragungsgebiet (in %)



15 Integration in Baden-Württemberg

15.1 DIE SICHT DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Zuwanderer und ihre Nachkommen sind aus Baden-Württemberg nicht wegzudenken. Und die Bevölkerung hat auch eine recht realitätsnahe Vorstellung davon, dass über ein Viertel der Bevölkerung des Landes einen Migrationshintergrund besitzt (Kapitel 1). Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger pflegt Kontakte zu Zuwanderern, vor allem im eigenen Freundeskreis und am Arbeitsplatz. Bei jedem dritten Baden-Württemberger gehören Menschen mit Migrationshintergrund inzwischen zur Familie oder zum Kreis der näheren Verwandten. Berührungspunkte zu Zuwanderern gibt es allenfalls in der Nachbarschaft (Kapitel 2).

Die Erfahrungen mit Zuwanderern sind durchweg positiv, vor allem bei denjenigen, die häufig Kontakt zu ihnen haben. Nur 7% der baden-württembergischen Bevölkerung sprechen von schlechten Erfahrungen. Und im direkten Vergleich zu den Erfahrungen mit Einheimischen sehen drei Viertel keinen Unterschied, lediglich 15% sagen, die Erfahrungen mit Zuwanderern seien schlechter (Kapitel 3).

Geschätzt wird an Zuwanderern, dass sie die Gesellschaft bereichern: durch ihre Vielfalt, durch Kulturen und Bräuche, aber auch durch eine andere Esskultur. Zuwanderer werden darüber hinaus als offener im Umgang und häufig auch als sehr freundlich und höflich beschrieben. Deutlich seltener äußern die Bürgerinnen und Bürger allerdings, dass Zuwanderer zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes beitragen und dabei oft weniger attraktive Arbeitsplätze einnehmen (Kapitel 4).

Als störend empfinden die Bürgerinnen und Bürger vor allem, wenn Zuwanderer kein Deutsch lernen und sich nicht integrieren wollen. Dass Zuwanderer oft unter sich bleiben, missfällt der Bevölkerung ebenfalls häufig. Insofern stehen – prinzipiell behebbare – Integrationsdefizite im Fokus der Kritik der Einheimischen an Zuwanderern. Denn die Bürgerinnen und Bürger berichten selten über respektloses, kriminelles oder gewalttätiges Verhalten. Und von

vergleichsweise wenigen wird die Ablehnung der deutschen Gesellschaft, das Verharren in Traditionen und eine starke Religiosität der Zuwanderer negativ hervorgehoben (Kapitel 4).

Dass Zuwanderer ihres eigenen Glückes Schmied sind und nicht die Einheimischen oder der Staat, denken die meisten Baden-Württemberger. Mehr als zwei Drittel sind der Ansicht, dass es vor allem die Zuwanderer selbst sind, die nicht genug für die eigene Integration tun. Doch die Bürgerinnen und Bürger nehmen sich, wenn auch verallgemeinernd, selbst in die Pflicht: 61% meinen, dass „die Einheimischen“ mehr für die Integration tun sollten. Vom Staat erwarten demgegenüber nur 30% mehr Aktivitäten (Kapitel 5).

Es bieten sich etliche Maßnahmen an, die Einheimische ergreifen könnten, um die Integration von Zuwanderern zu verbessern. Aus Sicht der Bevölkerung stehen die praktischen Dinge des Lebens wie Tipps zum Einleben oder die Hilfestellung bei konkreten Problemen ganz oben auf der Maßnahmenliste. Doch auch das Parteiergreifen für Zuwanderer, wenn diese benachteiligt werden, wird von einer großen Mehrheit der Befragten als sinnvoll erachtet (Kapitel 6).

Nur eine Minderheit der Befragten gibt allerdings an, in den letzten zwölf Monaten tatsächlich Tipps zum Einleben gegeben oder Partei für Zuwanderer ergriffen zu haben. Insofern klafft eine Lücke zwischen dem Anspruch, was Einheimische aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger zur Integration beitragen sollten, und ihrem tatsächlichen Beitrag zur Integration. Die Bevölkerung könnte, ihren eigenen Erwartungen entsprechend, im eigenen Umfeld leicht mehr zu einer besseren Integration von Zuwanderern beitragen. Im badischen Landesteil gelingt dies bislang etwas besser als in Württemberg (Kapitel 6).

Von den Zuwanderern erwartet die Bevölkerung vor allem Gesetzestreue, das Erlernen der deutschen Sprache, das Bemühen um einen Arbeitsplatz und einen erfolgreichen Bildungsabschluss. Die große

Mehrheit wünscht sich zudem, dass Zuwanderer Freundschaften mit den Einheimischen schließen. Doch lediglich ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger erwartet von den Zuwanderern eine zumindest teilweise Aufgabe ihrer kulturellen und religiösen Lebensweise. Die baden-württembergische Bevölkerung erwartet Integration, doch nicht zu Gunsten einer wie auch immer gearteten Einheitskultur (Kapitel 7).

Die grundsätzliche Toleranz und Offenheit zeigt sich auch darin, dass das Tragen von Kopftüchern, der Bau von Moscheen und das Sprechen einer fremden Sprache in der Öffentlichkeit lediglich von jeweils einem Drittel der Befragten als störend empfunden wird. Wenn Zuwanderer aus politischen Gründen demonstrieren oder fordern, von den Einheimischen anerkannt zu werden, stört das die Bürgerinnen und Bürger sogar noch weniger. Im Vergleich zu Deutschland insgesamt tun sich die Einwohnerinnen und Einwohner des Landes allerdings bei den Forderungen der Zuwanderer nach Anerkennung etwas schwerer (Kapitel 7).

Anders sieht es bei kulturell begründeter Gewalt oder bei Ehen aus, die von Eltern für ihre Kinder ohne deren Zustimmung arrangiert werden. Die Baden-Württemberger haben für solche Verhaltensweisen kein Verständnis, und gerade bei der Anwendung von Gewalt ist die Toleranzschwelle auch höher als in den anderen westlichen Bundesländern zusammen. Wenn Zuwanderer vor allem unter sich bleiben, empfindet das die Mehrheit der Bevölkerung im Land ebenfalls als störend, und dieser Anteil ist höher als im restlichen Bundesgebiet (Kapitel 7).

Öfter als die Deutschen in den anderen Bundesländern (21%) sind die Baden-Württemberger (26%) der Ansicht, dass die Medien zu negativ über Integration berichten. Bezüglich einiger Themen im öffentlichen Diskurs sind die Bürgerinnen und Bürger des Südweststaats auch weniger kritisch als diejenigen des restlichen Bundesgebiets: Sie teilen häufiger die Ansicht, dass der Islam zu Deutschland gehört und vergleichsweise wenige schließen sich der Meinung an, dass Zuwanderer Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen. Etwas mehr Sorgen macht sich die Be-

völkerung im Südwesten im Vergleich zum Bund allerdings um christliche Werte und Traditionen im Lichte der Zuwanderung. Es ist nur scheinbar ein Widerspruch zu diesem Befund, dass 88% der Befragten der Ansicht sind, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Das Land erscheint realistisch, weltoffen und schätzt dennoch die eigene Kultur und Traditionen (Kapitel 8).

Im Rahmen eines Experiments wurde überprüft, ob die baden-württembergischen Einwohnerinnen und Einwohner einen möglichen Nachbarn aufgrund einer anderen Herkunft diskriminieren. Diese Hypothese ließ sich nicht bestätigen. Sowohl in Baden-Württemberg als auch im Bund ist die ökonomische Lage – und nicht die Herkunft – eines möglichen Nachbarn entscheidend dafür, ob ein Nachbar als „angenehm“ empfunden wird oder nicht. Das Experiment bekräftigt damit für Baden-Württemberg und Deutschland insgesamt die Befunde einer Befragung, die 2010 in Hessen durchgeführt wurde (Kapitel 10).

Fragt man ganz direkt, ob Zuwanderer im Vergleich zu Einheimischen die gleichen Chancen in verschiedenen Lebensbereichen haben, dann bejahen dies 73% der Bürgerinnen und Bürger bezüglich Schule und Bildung. Mit Blick auf gesellschaftliche Teilhabe sind es unwesentlich weniger und bei politischen Beteiligungschancen auch noch mehr als die Hälfte der Befragten. Von ungleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt spricht rund die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger und 61% im Hinblick auf die Suche nach einer Wohnung. Es sind überdurchschnittlich oft die Befragten zwischen 25 und 35 Jahren, die sagen, dass Zuwanderer nicht die gleichen Chancen haben wie Einheimische. Im Vergleich zur Bevölkerung im restlichen Bundesgebiet gehen die Bürgerinnen und Bürger des Landes insgesamt von weniger Chancengleichheit aus, vor allem auf dem Wohnungsmarkt und bei den Möglichkeiten politischer Beteiligung (Kapitel 9).

Der Stand der Integration von Zuwanderern in Baden-Württemberg wird von 61% der Bürgerinnen und Bürger als gelungen charakterisiert. Mit Bezug auf den eigenen Wohnort ist dieser Anteil mit 72% noch ein-

mal höher. Und auch im Vergleich zu anderen Bundesländern bewertet die Bevölkerung Baden-Württembergs den Stand der Integration im Südwesten positiv. Vergleichsweise kritischere Bewertungen kommen von der Bevölkerung in den Großstädten, vor allem aus Stuttgart. Mit Blick auf die Integration von Jugendlichen der größten Teilgruppen meint zwar die Hälfte der Befragten, dass die Integration der türkischstämmigen Jugendlichen gelungen sei, doch nur 29% sprechen von einer gelungenen Integration der jugendlichen Russlanddeutschen. Im Lichte dieses Befunds erscheint eine differenzierte Integrationsförderung angemessen (Kapitel 11).

Insgesamt elf integrationspolitische Maßnahmen sollten die Befragten danach bewerten, ob diese aus ihrer Sicht sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder überhaupt nicht wichtig sind. Das durchaus überraschende Ergebnis ist, dass sämtliche vorgeschlagenen Maßnahmen als zumindest wichtig erachtet werden, auch wenn der Problemnachdruck im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet in der Summe etwas geringer ausfällt. Die Sprachförderung ist die unumstritten wichtigste Integrationsmaßnahme. Es folgen die Bekämpfung von Kriminalität unter Zuwanderern und die Verbesserung von Bildungschancen. Die Erleichterung der Einbürgerung und die Öffnung des öffentlichen Dienstes werden als vergleichsweise weniger wichtig erachtet (Kapitel 12).

Bei der Bewertung einzelner Maßnahmen bestehen merkbare Unterschiede danach, ob die Befragten einen Migrationshintergrund haben oder nicht. So sind Zuwanderer häufiger der Ansicht, dass die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse sehr wichtig ist. Auch Maßnahmen gegen Diskriminierung und die Erhöhung des Anteils von Zuwanderern im öffentlichen Dienst sind aus Sicht der Zuwanderer wichtiger als aus dem Blickwinkel der einheimischen Bevölkerung. Diejenigen, die meinen, dass der Staat mehr für Integration tun sollte (Kapitel 5), halten vor allem Maßnahmen gegen Diskriminierung für deutlich wichtiger als der Rest der Bevölkerung. Und sowohl Einbürgerungserleichterungen als auch der Öffnung des öffentlichen Dienstes messen

diese Befragten ebenfalls größere Bedeutung bei. Weniger wichtig ist für diejenigen Befragten, die sich einen aktiveren Staat bei Fragen der Integration wünschen, lediglich die Bekämpfung von Kriminalität unter Zuwanderern (Kapitel 12).

Der kommunalen Ebene kommt aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger die wichtigste Rolle bei der Behandlung von Integrationsfragen zu. Es folgen der Bund, die Bundesländer und die EU. Nach der Integrationspolitik im Bund und Land befragt, bewertet die Bevölkerung die Integrationspolitik in Deutschland retrospektiv besser als in Baden-Württemberg: 36% sagen, in den letzten fünf Jahren habe sich durch die Bundespolitik die Integration von Zuwanderern verbessert, doch nur 29% sagen dies über die Landespolitik. Und die Erwartungen an die Integrationspolitik des Landes sind insgesamt moderat: 39% der Bürgerinnen und Bürger erwarten Verbesserungen bei der Integration in den nächsten fünf Jahren, 52%, dass sich nicht viel ändern wird, und 5% erwarten Verschlechterungen. Allerdings erwarten die Wählerinnen und Wähler von Bündnis 90/Die Grünen und SPD mehrheitlich Verbesserungen (Kapitel 13).

Binnen eines Dreivierteljahres hat ein großer Teil der Bevölkerung Kenntnis davon erlangt, dass in Baden-Württemberg im Mai 2011 ein Ministerium für Integration eingerichtet wurde. 45% sagen, dass es ein solches Ministerium gibt, 14% sagen, es gäbe es nicht, und 41% geben an, nicht zu wissen, ob es ein solches Ministerium gibt. Dieses Ergebnis zeigt, dass das Integrationsministerium bereits sichtbar ist, aber durchaus noch sichtbar sein könnte. Die Ministerin für Integration trägt nachweislich zu einem höheren Bekanntheitsgrad des Hauses bei. Zwar rangiert ihr Bekanntheitsgrad innerhalb der Riege der Ministerinnen und Minister hinter dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, dem Verkehrs- und dem Innenminister, doch ist sie die bekannteste Frau im Kabinett Kretschmann (Kapitel 14).

15.2 INTEGRATIONSPOLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Mit der Schaffung eines Ministeriums für Integration hat die Landesregierung aus Bündnis 90/Die Grünen und SPD die große Bedeutung einer erfolgreichen Integration von Zuwanderern für Baden-Württemberg unterstrichen. Dabei spielt zwar eine Rolle, dass die vorherige Landesregierung im Vergleich zum Bund weniger für Integration getan hat. Vor allem, aber nicht nur in der rot-grünen Wählerschaft gibt es Erwartungen an eine erfolgreiche Integrationspolitik der Landesregierung und damit auch ein Mandat zum integrationspolitischen Handeln. Wichtiger als diese Erwartungen ist die Tatsache, dass es sich die Gesellschaft bereits heute nicht leisten kann, auf das Potenzial von nahezu drei Millionen Menschen mit Migrationshintergrund im Land zu verzichten. Blickt man auf die demografische Entwicklung und auf Beschäftigungsengpässe, dann wird Baden-Württemberg auch in Zukunft auf Zuwanderung angewiesen sein. Eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern ist deshalb nicht nur eine politische Herausforderung für die gegenwärtige, sondern auch für die zukünftige Landespolitik.

Und die Voraussetzungen für weitere Akzentsetzungen in der Integrationspolitik sind gut. Die Bevölkerung Baden-Württembergs lebt nicht nur weitgehend problemlos mit den meisten Zuwanderern zusammen, sondern sie hat längst realisiert, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, und dass auch die Einheimischen selbst zu einer gelungenen Integration beitragen sollten. Dabei könnten die Bürgerinnen und Bürger, ihren eigenen Erwartungen entsprechend, noch etwas aktiver sein, angefangen von Tipps zum Einleben oder Hilfestellungen im Alltag. Allein der Kontakt zwischen Einheimischen und Zuwanderern kann helfen, Vorurteile abzubauen und damit auch die Integration fördern. Gerade Kontakte zwischen Zuwanderern und Einheimischen in der eigenen Nachbarschaft sind den Ergebnissen der vorliegenden Studie zufolge noch vergleichsweise selten. Die Politik kann zwar versuchen, Einheimische und Zuwanderer häufiger zusammenzubringen, doch bleibt es die vorrangige Aufgabe der Einheimischen und der Zuwanderer selbst, im Alltag gut miteinander auszukommen.

Die Politik trägt vor allem Verantwortung dafür, die Rahmenbedingungen für einen frühzeitigen Spracherwerb zu verbessern, die Bedeutung von Bildungsabschlüssen für die Integration bei den Zuwanderern zu unterstreichen sowie bei Unternehmen dafür zu werben, dass Zuwanderer einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz erhalten. Bei all dem spielt vor allem die Herstellung von Chancengleichheit und damit der Abbau möglicher Benachteiligungen die zentrale Rolle. Und insbesondere die Bevölkerung mit Migrationshintergrund misst auch der Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse sowie der Öffnung des öffentlichen Dienstes Bedeutung bei. Gerade bei dieser Öffnung für Zuwanderer bestehen in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund allerdings Vorbehalte. Hier ist die Politik gefordert, die Verwaltung und die Bevölkerung stärker als bisher von einer solchen Öffnung zu überzeugen.

Der Arbeitsmarkt ist eines der Politikfelder, bei dem ein großer Teil der Bevölkerung Chancenungleichheit wahrnimmt. Faire Bewerbungsverfahren, gegebenenfalls anonymisiert, können dazu beitragen, möglicher Diskriminierung bei Neueinstellungen entgegenzuwirken. Die Steuerungsmöglichkeiten der Politik auf dem Wohnungsmarkt, auf dem die Bevölkerung die größte Chancenungleichheit wahrnimmt, sind demgegenüber begrenzt. Die Studie konnte allerdings zeigen, dass die bessere ökonomische Lage eines Zuwanderers mit höherer grundsätzlicher Akzeptanz einhergeht. Insofern kann Integration durch angemessene Verdienstmöglichkeiten einen gewissen Grad an wahrgenommener Diskriminierung mildern. Und die von Teilen der Bevölkerung wahrgenommenen Benachteiligungen bei der politischen Partizipation kann durch gezielten Dialog (z.B. am Runden Tisch Islam), aber auch durch eine aktive Einbürgerungspolitik begegnet werden. Einige Einbürgerungserleichterungen wurden bereits umgesetzt. In der Bevölkerung sollte sich die Erkenntnis durchsetzen, dass gut integrierte Zuwanderer als deutsche Staatsbürger ein Gewinn für unser Land sind.

Zuwanderung ist Chance und Herausforderung zugleich. Es ist wichtig, dass die Bevölkerung in Zuwanderung nicht nur kulturelle (und kulinarische) Bereicherung sieht, sondern auch die Leistungsbereitschaft der Zuwanderer, ihren Beitrag zum Erfolg des Landes und auch die Tatsache, dass Zuwanderer oft weniger attraktive Tätigkeiten ausüben. Zuwanderer sollten sich andererseits darüber im Klaren sein, dass Spracherwerb, Bildung und der Wille zur Integration unverzichtbare Voraussetzungen für den individuellen und kollektiven Integrationserfolg sind. Darüber hinaus sollten weder Zuwanderer noch Aufnahmegesellschaft ein Interesse daran haben, dass sich Muster der sozialen und räumlichen Segregation verfestigen.

Und die Baden-Württemberger halten kulturelle Differenz gut aus. Das Tragen von Kopftüchern, der Bau von Moscheen, das Sprechen einer fremden Sprache in der Öffentlichkeit, politische Demonstrationen und vor allem auch die Forderung nach Anerkennung werden von der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger des Landes im Grundsatz akzeptiert. Insofern ist die multikulturelle Gesellschaft im Alltag und in den Köpfen der Menschen bereits Realität. Die Politik tut gut daran, die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft zu befördern – wohl wissend, dass die christlichen Werte und Traditionen für die einheimische Bevölkerung wichtig sind. „Null Toleranz“ gibt es bei kulturell (oder mit Rückgriff auf Traditionen) begründeter Gewalt oder Zwangsverheiratungen. Wenn Zuwanderer Rechte brechen und vor allem, wenn sie Grundrechte verletzen, können sie nicht mit Akzeptanz der Aufnahmegesellschaft rechnen. Der Wunsch der Bevölkerung, dass mehr gegen kriminelle Zuwanderer getan werden sollte, spiegelt das Primat des Rechts in unserer Demokratie gut wider.

Das Bild, das die Medien vom Stand der Integration zeichnen, ist nach Meinung der Bevölkerung jedoch zu negativ. Eine Mehrheit der Bevölkerung Baden-Württembergs ist der Ansicht, dass die Integration im Land alles in allem gelungen ist – vor allem im Vergleich zu anderen Bundesländern. Dass lediglich 3% sagen, die Integration in Baden-Württemberg sei „sehr gut gelungen“, zeigt allerdings, dass genug Po-

tenzial vorhanden ist, um den Stand der Integration zu verbessern.

Und es ist die kommunale Ebene, die von der Bevölkerung als diejenige politische Ebene genannt wird, auf der Integrationsfragen schwerpunktmäßig zu behandeln sind. Integration geschieht vor Ort. Das Ministerium für Integration unterstützt daher die Integrationsanstrengungen in den Kommunen. Dabei liegt es nahe, das Thema Integration vor Ort strukturell zu verankern. In diesem Jahr fließen zwei Millionen Euro des Haushalts des Integrationsministeriums in die kommunale Integrationsförderung. Es gilt, die erfolgreichsten Integrationsmaßnahmen und -projekte zu identifizieren, um die Förderung in Zukunft optimieren zu können. Nur gemeinsam mit den Kommunen, in Koordination mit anderen Bundesländern und dem Bund, kann Integration in Baden-Württemberg gelingen.⁴³

⁴³ Vgl. hierzu SVR 2012.

Anhang

1. Kontrollvariablen im Rahmen der multivariaten Analysen

Standard:

- a) Geschlecht (binär)
- b) Alter (in Jahren)
- c) quadriertes Alter (in Jahren)
- d) höchster Bildungsabschluss
(kein Abschluss, Haupt-/Volksschule, Mittlere Reife, Abitur ohne Studium, Studium)
- e) Erwerbstätigkeit (binär)
- f) in Partnerschaft (binär)
- g) Migrationshintergrund (erste und zweite Generation; binär)
- h) Ortsgrößenklassen (7)*
- i) Landesteil (binär)*

*Die Standardkontrolle wurde stets auch ohne die Variablen h) und i) durchgeführt.

2. Variablen für ergänzende Analysen

- j) Kinder im Haushalt
- k) in Ruhestand
- l) Religion/Konfession
(katholisch, evangelisch, andere christliche Konfession, muslimisch, andere, keine)
- m) Regierungsbezirke (4)
- n) Kerngebiete (binär; BIK-Konzept)*
- o) Einkommen (8)
- p) Anzahl der Zuwanderer im Lebensumfeld (5)
- q) Intensität der Kontakte mit Zuwanderern im Lebensumfeld (9)
- r) Anzahl der Zuwanderer * Intensität der Kontakte (16 real, 32 theoretisch)
- s) Parteiwahl bei der letzten Landtagswahl (X; nur Fragen zur Integrationspolitik)

3. Zitierte Studien

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) 2010: Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer. Berlin.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) 2011: Migrationsland 2011. Jahresgutachten 2011 mit Integrationsbarometer. Berlin.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) 2012: Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer. Berlin.

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2011: Meinungsbilder – Zur Wahrnehmung von Zuwanderung und Integration in Hessen 2011. Wiesbaden.

4. Grundauszählung der Kontrollvariablen

Variablen

	N (ungewichtet)	N (gewichtet)	Gültige Prozent
Geschlecht			
männlich	1.480	1.456	48,5
weiblich	1.521	1.545	51,5
Alter (Gruppen)			
18 bis 24 Jahre	194	285	9,6
25 bis 34 Jahre	360	423	14,2
35 bis 44 Jahre	553	494	16,6
45 bis 54 Jahre	731	597	20,1
55 bis 64 Jahre	544	428	14,4
65 bis 79 Jahre	508	619	20,8
80 Jahre und älter	90	127	4,3
keine Angabe	21	27	
Migrationshintergrund			
Migrationshintergrund	574	606	20,3
kein Migrationshintergrund	2.416	2.377	79,7
keine Angabe	11	18	
Höchster formaler Schulabschluss			
kein formaler Schulabschluss	83	126	4,2
Haupt- oder Volksschulabschluss	590	1.270	42,3
Mittlere Reife o. Polytechnische Oberschule	937	798	26,6
Abitur, Fachhochschulreife	450	301	10,0
Studium	941	506	16,9
Erwerbstätigkeit			
erwerbstätig	1.954	1.726	57,5
nicht erwerbstätig	1.047	1.276	42,5
Ruhestand			
Befragte/r im Ruhestand	664	859	28,6
Befragte/r nicht im Ruhestand	2.337	2.142	71,4
Partnerschaft			
Befragte/r lebt in einer Partnerschaft	2.153	2.112	71,3
Befragte/r lebt nicht in einer Partnerschaft	817	851	28,7
keine Angabe	31	38	
Kinder im Haushalt			
Kinder im Haushalt	964	932	31,2
keine Kinder im Haushalt	2.027	2.055	68,8
keine Angabe	10	14	
Politische Gemeindegrößenklasse			
1 bis 1.999	56	82	2,7
2.000 bis 4.999	356	419	14,0
5.000 bis 19.999	1.081	1.097	36,6
20.000 bis 49.999	669	693	23,1
50.000 bis 99.999	267	256	8,5
100.000 bis 499.999	417	333	11,1
500.000 und mehr	155	120	4,0
Wohnort in einem Ballungszentrum			
ja	1.170	1.040	34,7
nein	1.831	1.961	65,3
Landesteile			
Württemberg	1.598	1.592	53,1
Baden	1.403	1.409	46,9

Regierungsbezirke	N (ungewichtet)	N (gewichtet)	Gültige Prozent
Stuttgart	1.097	1.089	36,3
Karlsruhe	784	753	25,1
Freiburg	619	656	21,9
Tübingen	501	504	16,8
Zugehörigkeit zu Konfession oder Glaubensgemeinschaft			
katholisch	1.059	1.113	37,5
evangelisch	1.133	1.188	40,0
andere christliche Konfession	88	77	2,6
muslimisch	33	41	1,4
andere Konfession oder Glaubensgemeinschaft	99	94	3,2
keine Konfession oder Glaubensgemeinschaft	571	458	15,4
keine Angabe	18	30	
Zuwanderer im Umfeld (nur im Split abgefragt)			
keine Zuwanderer im Umfeld	138	167	11,2
in einem abgefragten Kontext	284	337	22,7
in zwei abgefragten Kontexten	447	438	29,4
in drei abgefragten Kontexten	405	344	23,1
in vier abgefragten Kontexten	206	202	13,6
keine Angabe (Split)	1.521	1.513	
Kontaktintensität (nur im Split abgefragt)			
(0 kein Kontakt, 8 häufig Kontakt in allen vier Kontexten)			
0	221	273	18,4
1	201	210	14,1
2	268	292	19,6
3	207	187	12,6
4	220	202	13,6
5	163	141	9,4
6	125	110	7,4
7	51	45	3,0
8	24	27	1,8
keine Angabe (Split)	1.521	1.513	
Gewählte Partei bei der letzten Landtagswahl			
CDU	623	661	36,8
Bündnis 90/Die Grünen	745	565	31,5
SPD	397	386	21,5
FDP/DVP	124	96	5,3
Die Linke	38	33	1,9
Piraten	26	23	1,3
Sonstige Partei	22	32	1,7
Ich habe nicht teilgenommen.	483	618	
Ich habe ungültig gewählt.	18	14	
Ich war noch nicht wahlberechtigt.	41	51	
Ich habe noch nicht hier gewohnt.	7	4	
Ich weiß es nicht mehr.	74	100	
keine Angabe	403	417	

Impressum

Herausgeber:
Ministerium für Integration Baden-Württemberg
Thouretstr. 2
70173 Stuttgart

www.integrationsministerium-bw.de

Konzeption:
Ministerin Bilkay Öney
Dr. Andreas Wüst

Datenerhebung:
Infratest dimap
Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH
Moosdorfstraße 7-9
12435 Berlin

Datenanalyse:
Dr. Andreas Wüst

Bericht:
Dr. Andreas Wüst
Judith Halisch

Umschlaggestaltung:
freelance project gmbh
Silberburgstraße 112
70176 Stuttgart

Druck:
Druckerei Herbstritt GmbH
Elzstr. 6
79350 Sexau

1. Auflage, Stand Mai 2012: 400 Exemplare
2. durchgesehene Auflage, Stand Oktober 2012:
1.000 Exemplare



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR INTEGRATION